

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando
Vierteljahr 2,50 M., monatl. 1,10 M.,
jährlich 10 M. frei im Haus.

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeheilte Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Berichtsblätter 20 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen! Demonstriert heute gegen die Schulverpflaffung!

Gegen die Schulfelnde!

Das deutsche Bildungswesen ist auf den ersten Blick und
für den unkritischen Betrachter sehr mannigfaltig und viel-
gestaltig. Es gibt Universitäten, Akademien, technische Hoch-
schulen, Handelshochschulen, gewerbliche Fachschulen, Fort-
bildungsschulen; es gibt Gymnasien, Progymnasien, Real-
gymnasien, Realprogymnasien, Oberrealschulen, Realschulen,
Bürgererschulen und Mittelschulen; und es gibt Volksschulen,
entgeltliche und unentgeltliche. Welche Vielfältigkeit der
Bildung, so sollte man meinen, verschafft dieses reichhaltige
Bildungswesen dem deutschen Volke!

Aber man würde einer argen Täuschung anheimfallen,
wenn man aus der Mannigfaltigkeit der Bildungsanstalten
auch auf die Mannigfaltigkeit der Bildung im deutschen Volke
selbst schließen wollte. Denn diese Mannigfaltigkeit in den
Anstalten kommt nur einer verschwindenden Minderheit des
Volkes zugute. Nur 5 Proz. der schulpflichtigen Kinder be-
suchen die höheren Lehranstalten mit ihren verschiebenartigen
Zielen und Lehrmitteln, die übrigen 95 Proz. der Schulkinder
aber sind von der reichbesetzten Tafel der höheren Lehranstalten
ausgeschlossen, sie müssen mit den dürftigen Wasser- und Brot-
portionen, die die Volksschule verabreicht, vorlieb nehmen.

Wer aber bestimmt das Maß des Wissens für die Volks-
schule? In Preußen ist dafür das preussische Abgeordneten-
haus maßgebend. Das erbärmliche Dreiklassenwahlrecht ver-
teilt aber den politischen Einfluß nach der Größe des Geld-
sacks. Wer nichts hat, hat auch nichts zu sagen. Wer aber
einen Millionenbesitz ererbt, erschlichen, ergaunert oder auf
sonstige reelle oder unreelle Weise zusammengebracht hat, der
verfügt über einen großen politischen Einfluß bei der Wahl
zum preussischen Landtag, mag er im übrigen stohdumm sein.
Nun haben nach der letzten Uebersicht der Ergebnisse der
Veranlagung zur preussischen Einkommensteuer von den
36 269 439 Personen, deren Zahl sich bei der zum Zweck der
Steuerveranlagung stattgefundenen Personenstandsaufnahme
in Preußen ergab, 20 474 257 Personen, das sind 56,48 Proz.
der Bevölkerung, ein Einkommen bis zu 900 M. jährlich.
Ein Einkommen bis zu 3000 M. jährlich haben
34 626 790 Personen, das sind 95,47 Prozent. Ueber
3000 M. Einkommen haben also 4,53 Prozent Personen
in Preußen.

Diese noch nicht einmal 5 Proz. Preußen, die die Ver-
treter des großen und sehr großen Kapital- und Grundbesitzes
einschließen, haben im preussischen Landtage fast uneingeschränkt
das Heft in der Hand. Es sind ungefähr dieselben 5 Proz.
Preußen, die ihre Kinder in die höheren Lehranstalten senden.
Es ergibt sich sonach die empörende Ungerechtig-
keit, daß die 5 Proz. Personen in Preußen, deren
Kinder nicht die plebejische Volksschule zu
besuchen brauchen, und die selbst — von
einzelnen Ausnahmen abgesehen — niemals eine Volks-
schule besucht, nie eine von innen gesehen
haben, dennoch auf Grund eines ungerechten
Wahlrechts über die Volksschule zu bestimmen und damit
das Maß des Wissens für die übrigen 95 Proz. Preußen fest-
zusetzen haben.

So kommt es denn auch, daß nach den gesetzgeberischen
Leistungen des Dreiklassen- und Fünfprozentparlaments der
preussische Staat verausgabte für zirka 19 000 Studenten
12,68 Millionen, also für den Kopf 650—700 M.; außer Ver-
traut bleiben die Stiftungen und sonstigen Einkünfte der
Hochschulen. Für 170 000 Schüler höherer Lehr-
anstalten zahlt der Staat 14,58 Millionen Mark, also für
den Kopf durchschnittlich 85—90 M.; für über 6 Millionen
Volksschüler zahlt der Staat 85 Millionen Mark, also
für den Kopf etwa 14 M. So kommt es ferner, daß die
Steigerung der Ausgaben für die höheren Lehranstalten in
dem Zeitraum von 1891—1901 betrug 115,43 Proz., während
bei den Volksschulen die Steigerung in dem gleichen Zeitraum
nur 46,85 Proz. betrug.

Wenn man noch den Umstand in Berücksichtigung zieht,
daß in letzter Linie der ganze Reichtum der herrschenden
Klassen in Gold nur gemünzter Arbeiterschweiß ist, so stellt sich
die Schulpolitik des kapitalistischen Massenstaates durch folgende
aufreizenden Tatsachen dar:

Die herrschende Klasse hat sich aus den ihr von der Ar-
beiterklasse erarbeiteten reichen Mitteln ein vielgestaltiges
höheres Schulwesen in guten Schulräumen mit weitestgehenden
Lehrzielen und leistungsfähigen Lehrmitteln geschaffen.

Die herrschende Klasse zwingt die Kinder des Proletariats
in die dürftig ausgestattete, auf niedrige Lehrziele beschränkte
und obenbrein vernachlässigte Volksschule.

Die herrschende Klasse hält die aus diesen und anderen
Gründen unzufriedene und erbitterte Arbeiterschaft Preußens
in der Kette des Dreiklassenwahlrechts, wodurch der Arbeiter-
schaft jedwedes Mitbestimmungsrecht über die Volksschule un-
möglich gemacht wird.

Die herrschende Klasse ist gegenwärtig drauf und dran,
der Arbeiterschaft zum verlebendsten Hohne das beschämend
niedrige und dem heißen Bildungsdrang der Arbeiterklasse
geradezu ins Gesicht schlagende Bildungsziel der Volksschule
noch wesentlich herabzudrücken.

Gegen diese schmachvolle Schulpolitik der herrschenden
Klasse, der koalitierten Reaktion der Junker, Pfaffen und Plus-
macher muß die Arbeiterschaft mit aller Kraft lauten und nach-
drücklichen Protest erheben.

Insbondere muß gegenwärtig das freche Attentat auf
die Volksschule, wie es durch die leitenden Tendenzen des
Schulunterhaltungs-gesetzes versucht wird, als eine weitere
Entrechtung, ja geradezu als eine offene Verhöhnung der
bildungsbüchtigen Arbeiterschaft zurückgewiesen werden.

Die Arbeiterschaft verlangt statt dessen eine gründliche
Reform des Schulwesens an Haupt und Gliedern im Sinne
der Einheitschule. Sie weiß sich in dieser Forderung einig
mit den Lebenszielen der hervorragenden Pädagogen der
Vergangenheit, mit Comenius, Pestalozzi und Diesterweg,
ebenso mit anderen führenden Geistern der Vergangenheit wie
Fichte, Goethe und Karl Marx.

Die Arbeiterschaft verlangt zur Ermöglichung einer durch-
greifenden Umgestaltung des preussischen Schulwesens im Sinne
des pädagogischen Fortschritts die Einführung des allgemeinen,
gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zum preussischen
Landtage; ferner verlangt sie Einheitlichkeit der verworrenen
und ungleichen Schulgesetzgebung in Deutschland durch ein vom
Reichstage zu schaffendes Reichsschulgesetz.

Wir fordern deshalb alle klassenbewußten Arbeiter, alle
Freunde einer freien Schule auf zum wirksamen Protest gegen
die in Preußen der Verwirklichung näherstehende Schul-
verpflaffung sowie zur Demonstration für die vorstehend ge-
zeichneten freiheitlichen Schulforderungen.

Arbeiter, erscheint massenhaft in den heutigen Ver-
sammlungen; demonstriert für eure Rechte, für das Wohl
eurer Kinder!

Die Revolution in Rußland.

Dissonanzen in der Duma.

Die Frage der Amnestie ließ bereits tatsächliche
Meinungsverschiedenheiten in der Duma austauschen. Während
die radikalere Elemente erst dann mit der Arbeit zu be-
ginnen vorschlugen, wenn die Regierung die allgemein ge-
forderte Amnestie bewilligt habe, trat die gemäßigtere
Mehrheit dafür ein, es einstweilen wegen der Amnestie nicht
zum Konflikt mit der Regierung kommen zu lassen, sondern
zu versuchen, auf dem Wege der Petition die Regierung zum
Entgegenkommen zu veranlassen. Ob diese durch Beschluß ge-
billigte Taktik Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Ueber
die betreffenden Verhandlungen der Duma wird gemeldet:

Petersburg, 12. Mai. Gegen Schluß der Sitzung stellte der
Präsident den Antrag Roditschew zur Diskussion, eine Adresse
an den Kaiser zu richten, als Antwort auf die Thronrede,
und behufs Redigierung der Adresse eine Kom-
mission von 33 Mitgliedern zu ernennen. Die Adresse
soll die Erklärung enthalten, daß die Gewährung einer
allgemeinen Amnestie absolut notwendig sei.
Die Duma beschloß Dringlichkeit für den Antrag Roditschew
und trat, nach Ablehnung eines Antrages auf Vertagung, sofort in
die Beratung der Adresse ein. Nachdem Roditschew in zündender
Rede die Notwendigkeit einer sofortigen allgemeinen Amnestie
dargelegt, ergriffen noch die bäuerlichen Abgeordneten
Anikin, Kladyn und andere das Wort und führten eine
heftige Sprache. Anikin führte aus, die erste Pflicht der Duma
sei es, für alle politischen Gefangenen die sofortige Amnestie
von der Regierung zu verlangen. Sollten diese Forderungen des
Volkes unerfüllt bleiben, so werde das Volk die Ge-
fangenen selbst befreien und dann werde die
Revolution in ganz Rußland ausbrechen. Er hoffe,
daß die Regierung es nicht darauf ankommen lassen, noch rechtzeitig
zur Vernunft kommen und die Forderungen der Volksvertretung
von sich aus erfüllen werde. Darauf wurde beschlossen, die Antwort-
adresse einer Kommission von 33 Mitgliedern zu überweisen. Die
nächste Sitzung findet morgen nachmittag 2 Uhr statt. In derselben
soll die Wahl der Kommissionsmitglieder stattfinden.

Petersburg, 13. Mai. In der gestrigen Sitzung der Duma
führte Roditschew in seiner Rede über die Amnestie folgendes
aus: Die Amnestiefrage ist keine Parteifrage, sondern eine
nationale Frage. Der Vorschlag, eine Amnestie zu gewähren,
bildet nicht den Gegenstand einer Gesetzesvorlage, denn die
Gnade ist eine Prerogative des Monarchen. Ich
bringe deshalb keinen Gesetzesentwurf ein, sondern ich weise hin auf
die Leiden des gesamten Volkes. Wir richten eine Bitte an den
Monarchen und bringen damit den Wunsch des gesamten Volkes
zum Ausdruck, und ich möchte nicht, daß dieser Wunsch zu einer
Forderung werde. Während des Wahllampfes, auf dem Wege nach
Petersburg und hier in Petersburg selbst haben wir einzig und
allein das Wort „Amnestie“ gehört. Die Rechtsgelehrten behaupten,
in Rußland bestehe die Todesstrafe nicht und doch haben allein im
Monat April 99 Hinrichtungen stattgefunden. Die Verzeihung muß
allgemein sein, einer eingeschränkten bedürfen wir nicht. Der Terminus
vom 30. Oktober darf nicht wiederholt werden. Lassen Sie uns ein-
mütig sein und lassen Sie keine Meinungsverschiedenheiten unter uns
über die Amnestie entstehen. Alle, die ein Verbrechen begangen
haben, müssen begnadigt werden im Namen der Liebe, wie dem
Apostel Petrus verziehen wurde. Allgemeine Verzeihung
ist das Bindemittel zwischen Volk und Kaiser.

Petersburg, 13. Mai. Die heutige Sitzung der Duma wurde
um 3 Uhr nachmittags eröffnet. Es lagen zwei Anträge vor,
wonach die Duma unerbittlich an den Kaiser die tele-
graphische Bitte um Erlass einer Amnestie richten solle,
vor deren Gewährung die Duma nicht zur
Arbeit schreiten könne. Für diese Anträge wurde die
Dringlichkeit beantragt. Vizepräsident Gredeschul und ein
anderer Redner sprachen sich gegen die Dringlichkeit aus.
Situation sei ungeheuerlich und könne einen Konflikt hervorrufen.
Die Duma mahnte, bei der Wahrung der eigenen Rechte auch die
Prerogative anderer zu achten. Für die Dringlichkeit trat der Moskauer
Arbeiterabgeordnete Saweljew ein, der einen blutigen Konflikt
vorausah, der schon morgen beginnen könne. Die Duma ver-
warf darauf die Dringlichkeit. Sodann wurde die gestern be-
schlossene Wahl einer Kommission von 33 Mitgliedern zum Entwurf
einer Adresse auf die Thronrede vorgenommen.

Die Duma nahm im weiteren Verlaufe ihrer Sitzung einen
Antrag der Konstitutionell-Demokraten an, die Adresskommission zu
beauftragten, den Entwurf der Adresse in der am 15. d. M. um
2 Uhr anzuberaumenden Sitzung vorzulegen, und die Arbeiten der
Duma bis dahin zu vertagen. Ferner wurde ein von den Polen
gestellter Antrag angenommen, der Adresskommission die von ihnen
verfaßte Denkschrift über die Lage im Königreich Polen vom nationalen
Standpunkte zu unterbreiten.

Petersburg, 13. Mai. Die Abgeordnete von Odesa,
Universitätsprofessor Sischepkin, hielt in der heutigen Sitzung
eine Rede, in der er unter anderem folgendes sagte: Wir müssen
ein vollständig klares Verhältnis zwischen uns und der höchsten Ge-
walt herzustellen suchen. Wir verlangen die Amnestie nicht als
einfache Begnadigung von Verbrechern, sondern
als Prinzip, weil wir die Gefangenen nicht mehr als Ver-
brecher betrachten können, nachdem das Regime, das sie
nach der gegen sie erhobenen Anklage durch Empörung zu stürzen ver-
sucht haben, nicht mehr besteht. Wir können nicht Verbrecher erblicken
in den Männern, die Vorkämpfer waren im Kampfe gegen das
jetzt gestürzte Regime. Wie sollten wir nicht Amnestie verlangen
für Männer, für deren Vorgehen wir mitverantwortlich
sind, da wir ja selbst an ihrem Kampfe teilnahmen. Nur einem
Zufall ist es zuzuschreiben, daß unsere Mitkämpfer ins Gefängnis
geworfen wurden, während wir heute in der Duma
sitzen. Wenn wir auch nicht das Programm der revolutionären
Parteien gutgeheißen haben, sondern unseren eigenen Weg
gegangen sind, fühlen wir uns doch solidarisch mit ihnen
und können nichts Verbrecherisches erblicken in
ihren Ideen. Die Person des Monarchen ist für uns ohne Ver-
antwortung. Die Thronrede ist gedeutet durch die Verantwortlichkeit
der Minister, die ihre Entlassung eingereicht haben würden, wenn
sie sich nicht in Uebereinstimmung damit befunden hätten. Unsere
Antwort auf die Thronrede soll nicht ein persönlicher Appell an das
Herz des Monarchen sein, sondern ein Programm auch für jeden
künftigen Minister. Wir sind der elektrische Draht, der die Ver-
bindung herstellt zwischen der höchsten Gewalt und dem Volke.
Wäre die Duma ausschließlich aus Konservativen und Reaktionsären
zusammengesetzt, sie müßte genau so die Amnestie fordern, wie
wir es tun.

Der Reichsrat und die Amnestie.

Petersburg, 14. Mai. (B. T. Z.) Die Mitglieder des
Reichsrats hielten private Beratungen über die Adresse an
den Kaiser ab. Ueber die Amnestie gehen die Meinungen
auseinander. Graf Witte sprach für die Amnestie,
welche das einzige Mittel zur Beruhigung der Gemüter sei.
Die Amnestie könne nicht, wie manche befürchten, der Anlaß
einer revolutionären Bewegung werden; es sei Zeit, die ad-
ministrative Willkür zu liquidieren. Wenn der Reichsrat um
Amnestie bitte, werde der Kaiser ihm nicht sein Gehör ver-
sagen. Schipow beantragte, um eine Revision der Grund-
gesetze nachzusuchen.

Raifeier.

Petersburg, 14. Mai. Wie die Arbeiter vorziehen, sind ihrerseits keine Demonstrationen für die heutige Raifeier geplant, nur beabsichtigen sie heute nicht zu arbeiten. Einige Fabriken drohen den Arbeitern, die heute nicht erscheinen, mit Entlassung. Die Polizei entfaltete seit gestern rege Tätigkeit, besonders in den Arbeitervierteln. Die Polizeimannschaften in diesen Bezirken haben Gewehre erhalten, auch ist ihre Zahl erheblich verstärkt worden. Zu ihrer Unterstützung wird Militär bereitgehalten. Der Stadthauptmann gibt bekannt, daß demonstrative Umzüge nötigenfalls durch die gesetzlich zulässigen energischen Maßnahmen verhindert werden würden. Die Zeitungen erscheinen morgen nicht. Das Dumapalais wird heute schärfer bewacht.

Petersburg, 14. Mai. Der Kommandant des Petersburger Kasens, Kusmitsch, der wegen seiner Härte bei den Arbeitern verhaßt war, wurde heute, als er Arbeiter von der Raifeier abhalten wollte, erschlagen.

Gapon ist gefunden.

Petersburg, 14. Mai. In der bei Petersburg gelegenen Sommerfrische Nefski ist gestern in einer bis dahin verschollenen gewordenen Villa die Leiche eines Mannes gefunden worden, welche als die des verschwundenen ehemaligen Priesters Gapon agnosziert wurde.

Belagerungszustand in Polen.

Warschau, 13. Mai. Der Belagerungszustand für russisch-Polen ist wieder verhängt worden. Man erwartet für die nächste Woche eine weitere Ausdehnung des Streiks. Augenblicklich befinden sich die Schneider, Schuhmacher, Lederarbeiter, Zimmerer, Maurer, Anstreicher und städtischen Arbeiter im Ausstand.

Warschau, 13. Mai. Die Behörden in Polen haben Befehl gegeben, alle Gefangenen, welche nur wegen geringer Vergehen verhaftet worden sind, in Freiheit zu setzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Mai.

Ungelobene Aktien und Zehnmarkscheine.

Der Gesetzentwurf wegen Aenderung einiger Vorschriften des Reichsstempelgesetzes wurde in der von der Kommission vorgeschlagenen Form vom Plenum gutgeheißen. Eine längere Debatte knüpfte sich an den § 5a, der die sogenannten ungelobenen Aktien (die Interimsscheine) der Stempelabgabe unterwirft. Die Kommission hatte vorgeschlagen, auch die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits konstituierten Aktiengesellschaften zu treffen. Die Abgeordneten Kaempff (fr. Vp.) und Rommeln (fr. Vg.) erklärten in dieser Heranziehung schon errichteter Gesellschaften eine unbedingte Einwirkung auf bestehende Verhältnisse. Rechte, Zentrum und Sozialdemokraten stimmten jedoch dem Prinzip des Kommissionsvorschlages unbedingt zu. Genosse Singer legte dar, daß die Durchführung der rückwirkenden Kraft, wenn man überhaupt von einer solchen sprechen wollte, im vorliegenden Falle durchaus berechtigt ist, wo es sich darum handelt, Aktien-Gesellschaften zu treffen, die, um einer Stempelabgabe für Aktien zu entgehen, das Protokoll über die Gründung in den Geldschrank legen, aber die Aktien selbst nicht ausgeben.

Darauf erfolgte die erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes betreffend die Ausgabe der Reichskassenscheine. Abg. Arendt (Sp.) befruchtete als Wirkung des Gesetzes eine Ueberschwemmung Deutschlands mit Zehnmarkscheinen. Er beantragte die Ueberschneidung an eine Kommission.

Das Gesetz selbst rechtfertigt einen solchen Antrag nicht, besteht aus zwei kurzen, leicht zu übersehenden Paragraphen. Der Gesetzentwurf nimmt, nachdem durch Gesetz vom 20. Februar d. J. die Ermächtigung zur Ausgabe von Reichsbanknoten zu 50 und 20 M. erteilt war, die Verringerung der Reichskassenscheine zu 50 und 20 M. in Aussicht. Außerdem sollen neue Reichskassenscheine zu 10 M. eingeführt werden. Die für die Einziehung von Reichskassenscheinen erforderlichen Vorschriften soll der Bundesrat erlassen. Für den Antrag des Abg. Arendt erhoben sich denn auch nur drei Abgeordnete. Arendt war über seine komplette Niederlage so verärgert, daß er die richtige Zeit zum Widerspruch gegen die zweite Lesung des kleinen Gesetzentwurfs verabsäumte. Nachdem in zweiter Lesung die Beratung des § 1 geschlossen war, hatte Arendt sich so weit erholt, rechtzeitig vor der Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Reichstages zu bezweifeln. Da der Reichstag nicht beschlußfähig war, vertagte er sich um 6 Uhr abends.

Gesetzesfluterei im Landtage.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat seine Montags-sitzung damit ausgefüllt, an einigen wichtigen Gesetzen, die längst einer grundlegenden Reform bedürfen, etwas herumzudoktern. Zunächst nahm es in zweiter Lesung den Gesetzentwurf auf Aenderung des § 53 des Kommunalabgabengesetzes an. Gegen die Stimmen und den energischen Widerspruch der Konservativen und Freikonservativen besetzte es wenigstens die schädlichste Bestimmung des Entwurfs, der bei Streitigkeiten zwischen Betriebs- und Wohn-gemeinden über Zuschüsse an die Stelle des Verwaltungs-streitverfahrens einfach das Beschlußverfahren treten lassen, also die ordentlichen Gerichte völlig ausschalten will. Ob dieser Beschluß bei der dritten Lesung aufrecht erhalten wird, ist bei der knappen Mehrheit, mit der er gefaßt wurde, höchst zweifelhaft.

Einmütig nahm das Haus sodann eine Resolution Gnyling (fr. Vp.) u. Gen. an, die die Regierung ersucht, baldmöglichst eine Reform des Kommunalabgabengesetzes in die Wege zu leiten. In welcher Richtung sich die Reform bewegen soll, ist in der Resolution nicht gesagt, sie ist ganz allgemein gehalten. Daher die Einmütigkeit des Hauses, die, falls es zur Beratung des verlangten Gesetzes kommen sollte, schon wieder in die Brüche gehen wird.

Eine Aenderung des Kommunalabgabengesetzes bezweckt auch der Antrag Hammer (L.) auf Besteuerung der Konsumvereine, der nach kurzer Debatte der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen wurde. Herr Hammer tat sich in letzter Zeit durch ganz besonders schlaue Vorschläge zur Rettung des Mittelstandes hervor. Wir sind offen genug, anzuerkennen, daß ihm Bahmänder dabei völlig fern liegen. Der Mann ist wirklich so rückständig, daß er an eine Rettung des Mittelstandes durch steuerliche Maßnahmen glaubt, die den Charakter der Gewaltpolitik an sich tragen. — Endlich erledigte das Haus noch in dritter Lesung die Novelle zum Einkommen- und Ergänzungsteuer-gesetz. Im wesentlichen gelangten die Beschlüsse zweiter Lesung gegen die Stimmen der Freisinnigen zur Annahme. Ein Vorstoß der Zentrumspartei unter Führung des Grafen Praschna, die Vorlage noch agrarischer zu gestalten und auch der Einschätzung zur Ergänzungsteuer für landwirtschaftliche Güter der Ertragswert statt des wirklichen

Wertes zugrunde zu legen, scheiterte lediglich an dem Widerstand der Regierung, die den Antrag für unannehmbar erklärte und dadurch die Konservativen, die sachlich mit dem Zentrum übereinstimmten, veranlaßte, aus faktischen Gründen dagegen zu stimmen, um nicht die ganze Vorlage zu Falle zu bringen.

Dienstag: Zweite Lesung der Sekundärbahn-Vorlage.

Schulreform in Baden.

Die Volksschule in Baden ist wie überall sehr reformbedürftig. In der langen Zeit der liberalen Vorherrschaft hat man wohl kolossale Summen für die drei Hochschulen des Landes und für die Gymnasien und sonstigen höheren Lehranstalten aufgewendet, an der Volksschule ist man dagegen achtlos vorbeigegangen. Seit fast vier Jahrzehnten ist kein Fortschritt von einiger Bedeutung im Volksschulwesen zu verzeichnen. Von zwei Seiten ist gegen diesen Zustand mit soviel Ausdauer Sturm gelaufen worden, daß endlich jetzt ein kleiner Schritt vorwärts gemacht werden soll. Die Lehrer, die zu leiden hatten unter starker Ueberbürdung und schlechter Bezahlung, reichten Jahr für Jahr umfangreiche und mit gewichtigem Material ausgestattete Petitionen ein und andererseits gaben wiederholte Anträge der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und das Schulbudget selbst zu scharfer und rücksichtsloser Brandmarkung der Verhältnisse im Volksschulwesen Veranlassung. Diese beharrliche Ministerarbeit hatte zunächst kleine Konzessionen an die Lehrer zur Folge. Schließlich konnte sich die liberale Partei der Volksbewegung für eine bessere Schule auch nicht mehr entziehen, sie stellte gleichfalls Anträge und so gab die Regierung in etwas nach und legte dem Landtage eine Novelle zum Elementar-Unterrichtsgesetz vor.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen entsprachen den Forderungen, die bei der Vertretung der Forderungen in Frage kamen: es wurde gefordert wesentliche Herabminderung der Schülerzahl pro Lehrer, Entlastung der Gemeinden von den Schulkosten, bessere Bezahlung der Lehrer und ihre Einreihung in den Gehaltstaxen der Staatsbeamten. Daß die Sozialdemokratie viel weiter geht, braucht kaum besonders betont zu werden. Wir forderten vor allem die völlige Unentgeltlichkeit und Befreiung von allen konfessionellen Fesseln; selbstverständlich auch die Uebernahme der Schullasten auf den Staat und die Feststellung des allgemeinen Lehrplans durch Gesetz. Auf diese weitergehenden Forderungen ging die Regierung nicht ein, sie will ausschließlich Einfluß auf den Lehrplan haben und ihn durch Verordnung festlegen, sie will aus der Volksschule keine Staatsschule machen und mit den Kosten auch den reaktionären Einfluß den Gemeinden erhalten, sie will keine prinzipielle Unentgeltlichkeit, sie will keine interkonfessionelle Schule, mit einem Worte: keine wirkliche Reform! Nur eine Herabminderung der Kinderzahl pro Lehrer und eine Gehaltserhöhung für die Lehrer schlug sie vor; nach der Vorlage sollen künftig dauernd nicht mehr als 70 Kinder auf einen Lehrer (nicht auf eine Klasse) kommen, statt bisher 100, und vorübergehend darf die Zahl der Kinder nicht über 100 statt bisher 130 pro Lehrer gehen. Die Sozialdemokraten beantragten, die Kinderzahl auf 60 und vorübergehend 80 festzusetzen, der Antrag wurde abgelehnt. Die Stundenzahl beträgt jetzt wöchentlich 18 Stunden in den Landschulen, bis zu 30 in den Stadtschulen, künftig soll auch auf dem Lande die Zahl um 4 bis 6 wöchentlich vermehrt werden. Die Lehrer erhalten eine Gehaltszulage bis zu 600 M. jährlich, ihre Ausnahme in den Gehaltstaxen der Staatsbeamten mit einer weiteren Gehaltserhöhung von 200 M. (1500 M. Anfangs-, 2800 M. Höchstgehalt) beschloß zwar die Kommission, aber die Regierung wendet sich energisch gegen diesen Beschluß. An der finanziellen Belastung der Gemeinden wurde so gut wie nichts geändert.

So sah die Schulreform aus, als sie aus der Kommission an das Plenum der Kammer kam. Die Sozialdemokraten brachten eine große Reihe Abänderungsanträge ein und präzisierten auch sonst ihre Stellung scharf zu der Schulreform. Die Anträge wurden sämtlich abgelehnt, Zentrum und Nationalliberale waren einig darin, daß die „Reform“ nicht zu einem so großen Fortschritt der Schule führen dürfe. Selbst die Aufnahme der Lehrer in den Gehaltstaxen, die zwar zunächst einstimmig beschlossen wurde, gibt man preis, wenn die Erste Kammer nicht mitmacht und kündigte das vor-sichtigerweise bereits an, so daß die „erlauchten“ Herren ja wissen, wie sie zu stimmen haben. Die Kommission der Ersten Kammer hat denn auch diesen Willen bereits befolgt und die Ausnahme abgelehnt.

So schrumpft die badische Schulreform zu einem recht bescheidenen Fortschritt zusammen, der nur etwas Bedeutung gewinnt, wenn man ihn gegen die völlige Vernichtung der preussischen Volksschule hält, die eben vollzogen werden soll.

Billiges Fleisch!

Die gefallenen Viehpreise haben in letzter Woche am Berliner städtischen Schlachtviehmarkt keine Aenderung erfahren. Es kosteten zum Beispiel

| | am 5. Mai | am 12. Mai |
|---------------------------------|-----------|------------|
| Läusen, bester Qualität . . . | 71—75 M. | 71—75 M. |
| Läusen, zweiter Qualität . . . | 65—70 „ | 66—70 „ |
| Rübe, vollfleischige . . . | 64—66 „ | 63—65 „ |
| Kälber, Vollmast . . . | 87—92 „ | 89—94 „ |
| Schweine, erster Qualität . . . | 62 „ | 62 „ |
| Schweine, fleischige . . . | 59—59 „ | 56—61 „ |

Dennoch scheuen sich die Schlächter, mit ihren Preisen herunterzugeben. In einigen Stadtteilen des Ostens und Nordens haben zwar die Schlächter die Preise, da die Hausfrauen aufbegehren, heruntergesetzt; in den meisten Gegenden, besonders im Westen und den westlichen Vororten, halten sie dagegen an den früheren Preisen fest und suchen durch Ausnutzung der günstigen Situation hohe Extraprofite herauszuschlagen. Selbst aber dort, wo die Schlächter mit ihren Preisen heruntergegangen sind, beträgt die Verbilligung für Schweinefleisch nur 10 Pf. pro Pfund, und zwar meist auch nur für bestimmte minderwertige Fleischsorten, während die Schlächter selbst das Pfund (Schlachtgewicht) um 15 Pf. billiger kaufen, so daß sie bei einem Abschlag von 10 Pf. noch immer einen respektablen Mehrgewinn haben.

Unterstützt werden diese Bestrebungen, die Preise hochzuhalten, durch die Zeitung der Berliner Fleischereinung und der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“, die an die hiesigen Wälder eine längere Kolitz versendet, in der es heißt:

Die Schweinepreise sind allerdings in den letzten Wochen zurückgegangen, aber Tatsache ist, daß die Schweinefleischpreise ebenfalls herabgesetzt worden sind. Wer jedoch verlangt, daß die Schweinefleischpreise sofort in dem vollen Verhältnis zu den gewöhnlichen Viehpreisen heruntergehen, ist entweder mit der wirklichen Lage der Fleischversorgung gar nicht vertraut oder benutz die Gelegenheit, um einmal sein Mißsein an den Fleischern zu kühlen. Der Ausgleich vollzieht sich nur allmählich. Aus den zahlreichen Umständen, die in dieser Hinsicht wirksam sind, sei nur angeführt, daß die Fleischer die Dorrerware, die sie jetzt auf Lager haben und erst in den Sommermonaten in den Verkehr bringen, aus den Schweinen mit hohen Preisen hergestellt haben. Wesentlich erspart wird die Herabsetzung der Schweinefleischpreise auch dadurch, daß in unglaublich steigendem Maße die Bevölkerung die besseren Fleischstücke vorzieht und die geringeren zurückweist; die geringeren Fleischstücke müssen infolgedessen 50—60 Proz. unter dem Einkaufspreis abgegeben werden, wodurch sich natürlich der Preis für die besseren Stücke erhöht. In derselben Richtung

wirkt die Tatsache, daß Fett, ein erheblicher Teil des Schweines, etwa 20 Proz., unter dem Einkaufspreis abgegeben werden muß. Die Konsumenten dürfen abergenügt sein, daß schon die nimmer ruhende Konkurrenz für die Herabdrückung der Preise auf das rechte Niveau sorgt.

Die ehrsame „Fleischer-Ztg.“ hat sich im vorigen Jahre vielfach über die Mangelhaftigkeit der Agrarier aufgehalten; sie selbst aber übertrifft diese noch um einige Grade. Es ist richtig, die Fleischer haben das zu ihrer Dauerware verwendete Fleisch teilweise mit hohen Preisen bezahlt; aber im vorigen Jahre standen, als sie ihre Dauerware herstellten, die Schweinepreise noch niedriger als jetzt, trotzdem haben sie keineswegs später, als die Preise stiegen, ihrer Kundtschaft erklärt: wir erhöhen unsere Preise für Dauerware nicht, weil wir das Material dazu noch billig eingekauft haben; sondern sie haben einfach die Preissteigerung zu ihren Gunsten ausgenutzt. Die jetzige Argumentation der „Fleischer-Ztg.“ besagt demnach nichts anderes als: der Vorteil aus der wechselnden Konjunktur kommt rechtmäßig den Schlächtern zu gute, den Nachteil hat dagegen das Publikum zu tragen.

Noch einseitiger ist der Einwand, der Konsum der Bevölkerung wende sich in steigendem Maße den besseren Fleischstücken zu. Regelmäßig tritt mit Beginn der Hitze ein Wechsel im Fleischkonsum ein. Fettes Schweinefleisch, wie z. B. Bauchfleisch, Rindfleisch, Eisbein usw. werden weniger gekauft, andere Fleischsorten desto häufiger, aber dieser Vorgang wiederholt sich in jedem Sommer, es kann also damit nicht das jetzige Festhalten der Schlächter an den hohen Preisen der Wintermonate begründet werden. Wenn in früheren Sommern die Schlächter bei gleichen Schweinepreisen wie den jetzigen das Fleisch billiger zu verkaufen vermochten und doch noch hohe Profite herauszuschlagen, dann können sie auch jetzt die Preise entsprechend ermäßigen.

Die Preispolitik der Innung ist von ihrem eigenen Interessenstandpunkt aus höchst ungeschickt, denn es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß nach der ersten unglücklichen Futtermittelernte die Schweinepreise wieder emporschnellen; dann aber wird das Publikum, wenn die Herren Schlächtermeister wieder über die Habgier der Agrarier jammern, ihnen spöttisch antworten: Gleiche Brüder, gleiche Klappen.

Die Nutzlosigkeit der Schulverfassung.

Der unausgesprochene Zweck der von der preussischen Schulvorlage beabsichtigten Konfessionalisierung ist die Zurückführung der Arbeiterklasse in die Obhut der Kirche und die dadurch beförderte untertänige Befolgung gegenüber der herrschenden Klasse. Dieser Zweck wird nicht erreicht werden und wenn man die preussische Volksschule noch mehr als es die gegenwärtige Vorlage zu besorgen gedenkt der Kirche ans Messer liefert.

Die Arbeiterklasse ist in religiöser Beziehung indifferent. In dem Klassenbewußten Proletariat der kapitalistischen Wirtschaftsordnung tritt zum erstenmal die Religionslosigkeit als Klassenerscheinung auf, wie Genosse Dr. Pannuel in seiner kürzlich erschienenen Broschüre „Religion und Sozialismus“ (Bremen 1906) darlegt und eingehend begründet. Nach Engels ist die Religion „nichts anderes als die phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen derjenigen äußeren Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen“. Ganz in demselben Sinne äußerte sich Marx dahin, daß der religiöse Widerschein der wirklichen Welt überhaupt nur verschwinden kann, sobald die Verhältnisse des praktischen Welttagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtig vernünftige Beziehungen zu einander und zur Natur darstellen.

Diese durchsichtig vernünftigen Beziehungen werden in der sozialistischen Gesellschaftsordnung vorhanden sein und damit ist dem religiösen Bedürfnis früherer Zeiten die eigentliche Basis entzogen. Als Ausdruck der Selbststimmung aber, die das verständnisvolle Teilnehmen an dem Klassenkampf schon bei der heutigen Arbeiter-schaft erzeugt, als Folge desjenigen Wissens, das aus theoretischer Belehrung und aus praktischer Erfahrung zugleich erworben wird, greift auch im heutigen aufgeklärten Proletariat die Religionslosigkeit immer mehr um sich.

Darum ist auch das Bemühen der preussischen Schulreaktion nutzlos. Gegenüber den Fluten blendend hellen Lichtes, die der Klassenkampf über die kämpfende Arbeiterklasse ausschüttet, verjagen die Scheuklappen und die schwarzen Antiken der Reaktion. „Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen!“

Deutsches Reich.

Eine Anklage gegen die Bergbehörde und Grubenverwaltungen.

Die gräßliche Katastrophe zu Courrières ist von dem deutschen Grubenkapital dazu ausgenutzt worden, um die öffentliche Meinung gräßlich irre zu führen. Nicht nur in der Tagespresse, auch von der Parlamentarische Bühne herab, durch Minister und Zentrumsmund, ließ man verkünden: In Deutschland ist so etwas wie in Courrières nicht möglich, dank unserer Rettungseinrichtungen! — Das geschah, nachdem einige Wochen vorher im Reichstage festgestellt war, daß auf der Zeche „Vornussia“ das Fehlen von Rettungsapparaten das Unglück dort zu dem jährlichen Umsatze hatte auszuwaschen lassen. Vor einigen Tagen holte man die letzten Leichen aus dem „Vornussia“-Schacht zutage. 25 Bergarbeiterleiber hatten 10 Monate lang in der Tiefe gelegen. Und die Lage, in der sie aufgefunden wurden, läßt wie wir bereits in Nr. 102 des „Vorwärts“ berichteten, kaum noch einen Zweifel darüber, daß sie nicht plötzlich vom Tode über-raucht wurden, daß sie für ihr Leben kämpften und vielleicht nur deshalb zugrunde gingen, weil die Rettungsarbeiten zu früh eingestellt wurden. Genau wie in Courrières!

Wie es um die von der Regierung und der Tagespresse viel-gepriesenen Rettungseinrichtungen der deutschen Bergwerke bestellt ist, zeigt eine Umfrage über die auf den deutschen Gruben vorhandenen Rettungsapparate, die der Bergarbeiterverband veranstaltet hat. Allerdings, vollständig ist das gewonnene Resultat nicht, aber trotz seiner Unvollständigkeit enthält es eine niederschmetternde Anklage.

Wir fassen das vom Bergarbeiterverband gewonnene, in der letzten Nummer des Fachorgans veröffentlichte Material kurz zusammen:

In den mitteldeutschen Braunkohlengebieten ist von Rettungsapparaten nichts bekannt. Meist wird sogar das Vorhandensein einfacher Löscharäte in Frage gestellt.

Die Berichte aus Bayern ergeben: nur der Vertrauensmann von Grube Penzberg konstatiert das Vorhandensein von Rettungsapparaten, auf den anderen Gruben, auch auf der sächsischen Grube Freisenberg, kennt man solche Apparate nicht.

Aus Lothringen wird allgemein berichtet, daß dort von den Rettungsapparaten nichts bekannt sei.

Gebirgsländer die Angaben aus dem Aachener Bezirke. Im Königreich Sachsen sind nach den eingegangenen Meldungen auf einer Reihe Gruben Rettungsapparate vorhanden, aber längst nicht auf allen. Ob es Apparate neueren Systems sind, wissen die Vertrauensleute nicht, in den letzten Wochen haben aber mehrfach Übungen stattgefunden.

In Oberschlesien stehen auf verhältnismäßig vielen Gruben Rettungsapparate zur Verfügung. Nach den Berichten werden 30—40 Proz. der Anlagen damit ausgerüstet sein. Aber in Oberschlesien gibt es auch die meisten Flözbrände, die Katastrophengefahr ist hier besonders groß.

Und das Ruhrrevier? Hier fehlen ebenfalls auf circa 15 Proz. aller Anlagen die vielgerühmten Rettungsapparate!

Das Resultat übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. So trostlos wie die Verhältnisse festgelegt sind, hat sie bisher noch

keine anklagende Stimme geschilbert. In den weitaus überwiegenden Fällen fehlen Apparate und natürlich auch Rettungsmannschaften. Lediglich das zu konstatieren, ist selbstverständlich nicht der Zweck der Erhebung und Veröffentlichung. Die Forderung lautet: Mehr Arbeiter! Die Komödie, die man bisher gespielt hat, muß endlich aufhören. Sie hat schon eine Menge trauriger, höchst trauriger Ereignisse verschuldet. Machte man endlich ernst mit dem Vergarbeitschutz! Die sofortige Beschaffung von Rettungsapparaten und Ausbildung von Rettungsmannschaften muß für alle größeren Anlagen vorgeschrieben werden. Und damit die Arbeiterschutzgesetze und -Vorschriften nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, muß endlich die Forderung der Einführung von Arbeiterkontrollen erfüllt werden. Leider gibt kein Sozialdemokrat im preussischen Landtag, um der Regierung und den bürgerlichen Parteien das Gewissen zu schärfen. Der Sturm gegen das Dreiklassenwahlrecht ist zugleich auch eine Attacke für den Vergarbeitschutz! —

Karl Schurz. Wie der Telegraph aus New York meldet, ist dort am Sonnabend der alte Achtundvierziger Karl Schurz im Alter von 77 Jahren gestorben. Am 2. März 1829 geboren, studierte er in Bonn, beteiligte sich an Kinkels Siegburger Feingehäussturm und darauf an dem badiſchen und pfälzischen Aufstand im Jahre 1849. In Nassau wurde er bei der Kapitulation gefangen genommen, entkam aber nach der Schweiz. Dort litt es ihn jedoch nicht. Mit falschem Paß wagte er sich nach Berlin, um Kinkel aus dem Spandauer Zellengefängnis zu befreien. Nach verschiedenen vergeblichen Versuchen gelang Kinkels Flucht. Zwei Jahre darauf ging Schurz nach den Vereinigten Staaten von Amerika, wo er sich der jungrepublikanischen Partei anschloß, 1868 vom Staat Missouri zum Bundes Senator erwählt wurde und unter der Präsidentschaft Hayes (1877/81) das Amt eines Staatssekretärs des Innern bekleidete. Später trat Schurz zur demokratischen Partei über. In den letzten Jahren widmete er sich vornehmlich der Belämpfung des Imperialismus vorer aber mehr und mehr seinen früheren Einfluß. —

Gewissenlose Leute! Großes Aufsehen erregte der Beschluß des Königsberger Hülfskomitees für durchreisende russische Juden, die Mitglieder des jüdischen „Bundes“ nicht mehr zu unterstützen, da sie Charakter- und gewissenlose Leute und eine Plage für die ansässigen Juden seien. Jetzt hat sich auch in Danzig ein Fall ereignet, der dem Beschluß des Königsberger Komitees sehr ähnelt. Anfang Mai brauchte ein flüchtiger Krüppel aus der russischen Intelligenz dringend Unterstützung, man rief ihm, sich an das Danziger Hülfskomitee zu wenden, da diesem reiche Mittel zur Verfügung ständen. Der Vorsitzende dieses Komitees, ein freisinniger Mann namens Radisch, fragte den Unglücklichen zuerst nach dem offiziellen russischen Gouvernementspaß. Als dieser nicht vorgezeigt werden konnte, wollte der Vorsitzende des Hülfskomitees die von der russischen Polizei ausgestellte Legitimation sehen. Da der Hülfesuchende auch damit nicht dienen konnte, wurde ihm die Tür gewiesen. Der Mann ging darauf zu einem anderen Mitglied des Hülfskomitees, zu einem Herrn Behrendt, der das Amt eines Stadtkorrespondenten bekleidet und ein „humanitärer Ethiker“ ist. Doch wurde der Unglückliche dort ebenfalls abgewiesen. —

Sum Majestätsbeleidigungsfreispruch von Hofstad wird und von dort geschrieben:

In dem betreffenden Artikel der „Medlenburg. Volkszeitung“, der am 26. Januar, also in jenen Tagen erschien, da die staatsanwaltschaftliche Belämpfung der Sozialdemokratie in ganz Deutschland besonders hohe Wellen schlug, war die Verdummungsmethode der bürgerlichen Presse in ebenso drastischer wie zutreffender Weise gezeichnet worden. Es wurde gezeigt, daß diese Presse zwar in meterlangen Verläufen die Vorgänge auf einem Schmetters Hofball auf das Eingehendste schilderte, aber wirklich ernsthafte politische Dinge mit Stillschweigen überginge. Eingeflochten in diese Kritik der bürgerlichen Presse waren einige Bemerkungen über den Prunk und Luxus, der aus Anlaß dieses Ballen „bei Hofe“ von den Damen in ihren Toiletten entfaltet sei. In diesem Artikel erblickte der Hofstad Staatsanwalt eine Majestätsbeleidigung. Zwar gab er zu, daß in der sozialdemokratischen Kritik der Großherzog gar nicht erwähnt sei, aber für alles, was „bei Hofe“ geschehe, sei der Großherzog verantwortlich, und deshalb seien jene Bemerkungen über den entfalteten Luxus gegen ihn gerichtet. Selbstverständlich mußte auch, da der Artikel selbst kein brauchbares Material bot, die nach des Staatsanwalts Meinung genugsam bekannte „Tendenz“ der „Medlenburgischen Volkszeitung“, die herrschenden Kreise herabzureißen, als Stütze für die Anklage dienen, die in einen Strafantrag von nicht weniger als sechs Monaten Gefängnis auslief.

Aber die Hofstadter Strafkammer folgte nicht den berühmten Spuren ihrer Leipziger Kollegen. Im Einverständnis mit der Verteidigung führte sie in der Begründung des Urteils aus: Der Artikel enthalte keine objektive Beleidigung des Großherzogs, denn es lasse sich nicht feststellen, daß für die Toiletten der Damen bei Hofe der Großherzog verantwortlich sei. Und so wurde denn der Genosse Kühn freigesprochen. —

Alldemische Unversorenheit. Während die deutsche Regierung wegen der Grenzverletzung durch eine südwestafrikanische Abteilung, die trotz des Einpruchs der Rappolzei Morenga auf englisches Gebiet folgte, sofort um Entschuldigung gebeten und derartige Maßnahmen für die Zukunft verhindern zu wollen erklärt hat, spendet die alldemische Presse der Abteilung, die sich der Grenzverletzung schuldig machte, stürmisches Lob. So ruft die „Deutsche Ztg.“: „ Bravo, Abteilung West!“ Zugleich tadelt sie die deutsche Regierung, weil sie wieder einmal recht eifertig gewesen sei. „Nach außen hin mag man ja ruhig ein bißchen Entschuldigungstheater spielen. Aber nur keine Eifertigkeit! Und vor allem: keine wirkliche Unversorenheit!“

Den alldemischen Narren genügt die Isolierung Deutschlands noch nicht, sie möchten gar zu gern einen offenen Konflikt heraufbeschworen sehen! —

Neue Opfer der Kämpfe in den südwestafrikanischen Sandwüsten. Nach amtlicher Meldung sind am 5. Mai im Gefecht am Löwenstuf südlich Gatoaſab schwer verwundet: Oberleutnant Eduard Trufe, geboren am 10. 10. 73 zu Halenberg. Schuß rechte Bauchseite. Am 4. Mai bei Rootſolei östlich Ganyeh gefallen: Leuter Eugen Waile, geboren am 15. 9. 84 zu Kusberg, ferner im Feldlazarett Vöderbücht am Typhus gestorben: Leuter Christian Koch, geboren am 14. 5. 80 zu Wrexen, Gefreiter Richard Nafle, geboren am 24. 2. 84 zu Frießau. Im Lazarett Warmbad an Sforbut gestorben Gefreiter Rematus Wismar, geboren am 4. 12. 82 zu Hanrey.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Als Vertreter des russischen Kaufmanns, der in die Affäre Schöne—von Brodhufen verwickelt ist, weise ich die am 12. d. M. im preussischen Abgeordnetenhause von dem Minister des Innern gegen meinen Klienten erhobene Verdächtigung, mein Klient scheine sich dem Kriminalkommissar Schöne zuerst zur Spionage gegen sein Vaterland angeboten zu haben und erst später anderen Sinnes geworden zu sein, nachdrücklich zurück. Diese Verdächtigung ist erweislich unzutreffend. Ich werde das in aller Kürze eingehend darlegen, bitte Sie aber, diese Zeilen schon heute zu veröffentlichen, damit die Auslassungen des Ministers nicht einen Tag länger un widersprochen bleiben.

Berlin, den 13. Mai 1906.

A. Liebnecht, Rechtsanw.

Ausland.

Ungarn.

Ausblick.

Das Ergebnis der Neuwahlen liefert den eklatanten Beweis dafür, daß sogar die „privilegierte Nation“ vom Feudalliberalismus nichts wissen will. Nichtsdestoweniger ist zu befürchten, daß das Volk auch weiterhin seiner Rechte beraubt und daß das Land ein Dorado der Ausbeuter bleiben wird.

Die Parole der „großen“ Regierung: „Nationale Demokratie“ dürfte kaum die volksfeindliche Politik des Kabinetts noch lange verhält halten.

Skandalös ist das Verhalten des Justizministers Polonhi, der vom Kabinett Bekerle der geschätzteste ist. Da er eine der leitenden Persönlichkeiten der Roffuth-Partei ist, so muß man annehmen, daß er seine Kränkungen im Auftrage der Partei machte. Der einstige Rechtsanwalt der Vorderhäuser und Agent einer Schiffahrtsgesellschaft in Bremen scheint aber bloß dafür fähigste zu sein: auf welche Weise man sich ein enormes Vermögen schaffen kann; aber vom Justizwesen im Interesse des Landes hat dieser Geschäftsmann gar keine Ahnung. Bei der Ernennung des Kabinetts Bekerle haben wir das politische Wirken sämtlicher Mitglieder bereits charakterisiert. Herr Polonhi haben wir dahin charakterisiert, daß seine Glaubwürdigkeit nur dann ernst genommen werden darf, falls er sich vor Zeugen äußert. Wie zutreffend unsere Bemerkung war, zeigt der Umstand, daß er sogar seine vor den Wählern gemachten Kränkungen öfters „berichtigen“ mußte!

Es ist klar, daß die mächtige Koalition nunmehr Maße für ihre Niederlage über will, indem sie ihren Spieß gegen die Sozialdemokratie und gegen die verschiedenen Nationalitäten richtet, die unter keinen Umständen geneigt waren, den erfolglosen Kampf gegen das Kabinett Fejerdarj zu unterstützen. Daß die Koalition aber den ehrlichen Volksvertretern keinen Raum für aufzwingen wird, dafür werden unsere Genossen gebührende Sorge tragen. Ist doch der Umstand, daß das allgemeine Wahlrecht überhaupt in Fluß kam, vor allem ein Verdienst der ungarischen Sozialdemokratie. Und daß die Sozialdemokratie dieses Gesetz von der Tagesordnung nicht wieder verschwinden lassen wird, das ist doch selbstverständlich. Die Nationalitäten und unsere Genossen, vereint mit der Fraktion der Bauernpartei, stehen zu jeder Stunde kampfbereit. Daß sich zu den Anhängern des Wahlrechtes auch ein Teil der Privilegierten gesellen wird, ist mehr als wahrscheinlich. Sollte es der „großen“ Regierung befallen, die Kämpfer ums Wahlrecht betrügen zu wollen, so wird sich das ausgebeutete und nach seinem Recht lechzende Volk an den Volksbetrügern gebührend rächen. Dann würde Ungarn bald der Boden harter Kämpfe sein. Daß die Kampfeslust begeistert sein wird, dafür wird schon das Proletariat Oesterreichs sorgen helfen, welches ja zum Kampfe um dasselbe Ziel gerüstet bereit steht! —

Frankreich.

Die Stichwahlen.

Nach den Hauptwahlen vom 8. Mai bleiben 154 Wahlkreise unerledigt, wo am 20. Mai Stichwahlen stattzufinden haben. Bei 114 dieser Stichwahlen sind Sozialisten beteiligt. In 28 Wahlkreisen stehen die Kandidaten unserer Parteigenossen an erster Stelle. In Paris ist dies in 4 Kreisen der Fall und die dort aufgestellten Kandidaten sind: Grouffier, Allemane, Cardet, Dubois; in der Vorstadt St. Denis sind es 2, die Genossen Weber und Willm; die an der Spitze der Stichwahlkandidaten stehen. In 7 von den 28 vorerwähnten Kreisen ist die Zahl der Stimmen, welche der sozialistische Kandidat auf sich vereinigt hat, eine so große, daß der Sieg selbst dann sicher ist, wenn alle Radikalen sich der Stimmenabgabe enthalten sollten. Dagegen ist in 17 Fällen die Wahlfähigkeit der Radikalen unerlässlich, wenn der sozialistische Kandidat siegen soll, und in vier Kreisen endlich hat der Sozialist zwar mehr Stimmen als der liberale Kandidat, aber die Majorität ist zu gering, daß die Zurückziehung des radikalen Kandidaten notwendig sein wird, um die Niederlage des Reaktionsären zu sichern. In den noch verbleibenden 87 Wahlkreisen, in denen der sozialistische Kandidat in der Minorität ist, liegen die Dinge folgendermaßen: In 24 Kreisen sind die sozialistischen Stimmen unbedingt notwendig, um den Reaktionsär zu schlagen; in 18 Kreisen wird die Zurückziehung der sozialistischen Kandidaten in der Stichwahl notwendig, um den Radikalen den Sieg über seinen liberalen Gegenkandidaten zu sichern; in 42 Kreisen endlich kann der radikale Kandidat mit Leichtigkeit siegen, selbst ohne die Hilfe der sozialistischen Wähler. — Die Aussichten für die sozialistische Partei sind also durchaus gute. —

Die **Kraftbewegung** ist noch immer im Wachsen begriffen. In Paris ist der Kampf auf einer breiten Front unternommen und noch immer schließen sich weitere Arbeitergruppen an. Die letzten Tage waren in Paris sehr bewegt, in Boux-Dall und in der Arbeitsbüchse fanden zahlreiche Versammlungen statt. Die Maurer, Bau- und Erdarbeiter stehen in der Zahl von zirka 40 bis 45 000 im Streik; die Unternehmer lehnen jede Unterhandlung ab. Die Räderbranche ist mit zirka 7000 Tischlern und 2000 Bildhauern beteiligt; in der Elektro- und Automobilindustrie sind ebenfalls tausende von Arbeitern ausständig; ferner Goldschmiede, Maler usw., insgesamt in Paris gegen 170 000 Mann. Von den Metallarbeitern wollen in den nächsten Tagen noch mehrere Branchen in die Bewegung eintreten. — In der Provinz ist die Bewegung ebenfalls sehr stark, wie die Nachrichten, die aus allen Teilen des Landes einlaufen, bezeugen. In Orest sind 11 Verhaftungen vorgenommen worden; in Toulon kam es zu Zusammenstößen zwischen den Streikenden und den Truppen. —

England.

Ein sozialistisches Manifest gegen den Krieg in Natal.

London, 12. Mai. (Fig. Ver.) Während im Parlament vom Frieden und von der Beschränkung der Kriegsausgaben gesprochen wird, nimmt der Krieg gegen die Zulus in Natal einen immer größeren Umfang an. Wir würden von diesem Krieg mehr hören, wenn die Depeschenzensur nicht so strikt wäre. Die Regierung von Natal läßt nichts durch, was den Absichten der Eingeborenen günstig ist, aber man darf sich darauf verlassen, daß die Zulus ihren Bedrückern eine scharfe Rüge erteilen werden. Ihr größtes Unglück ist, daß sie — gleich fast allen Schwachen und Unterdrückten — nicht zusammen noch einheitlich handeln, sondern erst nach und nach gruppenweise in den Kampf eintreten. Es scheint eben auch hier den Briten gelungen zu sein, das Prinzip des *divido et impora* — des Spaltens und Wälzens — durchzuführen.

Die liberalen Arbeiterabgeordneten, die — wie manche Zuluſührer — sich ihren kriegsführenden Brüdern fernhalten, geben sich mit den Friedensphrasen und mit dem Hinweis auf die kommende Haager Konferenz zufrieden. Dagegen erläßt die Unabhängige Arbeiterpartei folgendes Manifest:

„An die Wähler! Es ist noch frisch in Eurem Gedächtnis, wie Ihr in den südafrikanischen Krieg hineingetrieben wurdet. Ihr erinnert Euch noch, wie man Eure Gefühle durch sensationelle Geschichten und falsche Beschwerden entflammte. Ihr seid noch gedemütigt durch das ominöse Ende des Krieges: — chinesische Kulis und die selbstsüchtige Herrschaft der Grundbesitzer!“

Jetzt werdet Ihr durch denselben Lügenapparat in Bezug auf Natal betrogen. Die Eingeborenen von Natal besitzen auf Grund von Regierungsgarantien ausgedehnte Landgebiete, die für sie reserviert sind. Und so lange diese Reservatgebiete vorhanden sind, ist der Zulu gegen den Minenpekulanten geschützt und hat es nicht nötig, Lohnarbeiter zu werden.

Aber der südafrikanische Kapitalist schreit nach billigen Arbeitskräften, da er jeden Winkel des Kontinentes ausbeuten will. Er

verfügt über die Presse, die Telegraphen, die Nachrichtenbüros — wie Ihr es jetzt zu Eurem Leidwesen wisst. Er läßt Euch nur da s melden, was seinem Interesse dient. Es ist deshalb schwierig, zu sagen, was dort vorgeht. Aber das wissen wir aus amtlichen Quellen:

Eine Kommission, die von Lord Milner ernannt und von den Johannesburgern Minenbesitzern inspiriert wurde, empfahl der Regierung von Natal, die Besteuerung der Eingeborenen zu erhöhen, um sie auf den Arbeitsmarkt zu treiben. Eine Kopfsteuer von 20 M. wurde ihnen sodann auferlegt.

Sowohl die Eingeborenen wie die Weißen protestierten; eine bewaffnete Polizeimacht wurde requiriert, um die protestierenden Eingeborenen zu verhaften, wobei es zu einem Handgemenge kam, in dem ein Polizist einen Eingeborenen erschöß und dann zwei Polizisten getötet wurden.

Infolgedessen ist der Kriegszustand erklärt, und die Eingeborenen wurden vor ein Kriegsgericht gebracht für Handlungen, die sie vor Verhängung des Kriegszustandes begangen haben sollen. Vierzehn Eingeborene wurden erschossen, darunter Jünglinge im Alter von 18 Jahren! Die meisten waren Christen. Einer der Eingeborenen-Häuptlinge, der bereits Verfolgungen ausgesetzt war und deshalb für sein Leben fürchtete, ist geflüchtet und er wurde deshalb als Rebell erklärt. Ein Preis von 500 Pfund Sterling wurde auf seinen Kopf gesetzt. (Die englische Regierung erklärte diese Preisauschreibung als mit dem Völkerrechte unvereinbar; die Ausschreibung wurde deshalb zurückgezogen. R. d. „Vorwärts.“) Ein Richter, auf dessen Anklage einige Eingeborene „Kraals“ beschossen wurden, mußte wegen Trunkenheit und Inkompetenz entlassen werden. Vieh wurde gestohlen, Kornfelder wurden verbrannt. Lokale Häuptlinge wurden wegen „Moralität“ angeklagt usw. Diese Repressionen führten zu Verfolgungen der christlichen Eingeborenen. Im vorigen Jahre erließ die Regierung von Natal einen Befehl: die Kirchen der Eingeborenen zu zerstören, und viele wurden in Flüche gelegt. . . . Dann hat man Massenversammlungen arrangiert, um diejenigen Weißen einzuschüchtern und zu verdammen, die für Gerechtigkeit und Barmherzigkeit plädierten. . . . Ist man nicht nach alledem zu dem Schlusse berechtigt, daß der Eingeborenenkrieg provoziert wurde?

Ihr werdet Euch durch theatrale Effekte — wie die Resignation der Natalregierung — nicht einschüchtern lassen. Wir appellieren an Eure Tatkraften und Euren Gerechtigkeitssinn, standhaft zu sein und diesen Krieg unmöglich zu machen; denn dieser Krieg kann nur zur Steuerhöhung, zur Stärkung der Macht des südafrikanischen Kapitals, zu weiterem Blutvergießen und zu Megeleien führen.

Wir verlangen, daß die Regierung eine unparteiische Untersuchung der Lage der südafrikanischen Eingeborenen einleitet. Gleichzeitig verlangen wir, daß die provozierende Politik der Natal Regierung sofort eingestellt wird, und wir bitten die Wähler, uns in unserem Verlangen zu unterstützen. . . .

Der Nationalrat der unabhängigen Arbeiterpartei.

Aus der Partei.

Gemeindevahlen. In Knielingen bei Karlsruhe, wo durch eine oppositionelle Vereinigung nunmehr alle drei Klassen bei den Bürgerauswahlwahlen besetzt wurden, ist nun eine sozialdemokratische Fraktion von 21 Vertretern in der Gemeindevverwaltung. In der dritten Klasse war der Sieg ein glänzender: 173 gegen 80 Stimmen.

Auf über 20 000 Abonnenten ist die Auflage unseres hannoverschen Parteiblattes, des „Volkswillens“, in der letzten Woche gewachsen.

Vom Wachstum der Organisation. In Kiel traten in der letzten Versammlung 282 Genossen dem sozialdemokratischen Verein bei.

Die **Mannheimer Volksstimme** setzt ihre hodenlos unehrliche und unanständige Polemik gegen den „Vorwärts“ fort. Sie hat einen ihrer würdigen Mitarbeiter in Freiburg gefunden, der ihr schreibt:

„Gleichzeitig mit dem Bericht an die badiſchen Parteiblätter ging unsererseits am 1. Mai auch ein Bericht über die Freiburger Feier an den „Vorwärts“ ab. Bis jetzt hat der „Vorwärts“ aber kein Wort davon gebracht, denn es würde ja das Bild, das er von der badiſchen „Maiserstummerei“ entwarf, stören. . . .“

Wir wollen, ohne uns in eine Kennzeichnung der Kampfweise des Genossen E. und der R. „V.“ einzulassen, lediglich feststellen, daß in der Nummer 101 des „Vorwärts“ vom 8. Mai unter den Maiserberichten in der Unterabteilung Baden zu lesen ist:

In Freiburg i. B. waren in den Vorjahren höchstens 500 Feierende zu verzeichnen. Diesmal waren es über 1600 Genossen, die den 1. Mai durch Arbeitstage begingen. Der geplante Zug mit Musik wurde verboten. Es ging aber auch ohne Musik. Die Polizei beschlagnahmte eine Fahne, drei rote Taschentücher und einem Italiener eine rote Hosenbinde. Es ging aber auch ohne die rote Fahne, rote Taschentücher und rote Hosenbinde.

Also polemisiert man in Mannheim und Freiburg. Ob die R. „V.“ ihren Lesern wenigstens mitteilen wird, daß nun zum zweitenmal in ihren Spalten der „Vorwärts“ fälschlich beschuldigt werde, daß er den Bericht über ein Vorkommnis in Baden unterdrückt hat? Wahrscheinlich wird sie sich zur Erfüllung dieser für ein anständiges Blatt selbstverständlichen Pflicht nicht verbunden fühlen; hat sie es doch bisher auch nicht für nötig gehalten, ihren Lesern mitzuteilen, daß sie eine falsche Beschuldigung erhob, als sie den „Vorwärts“ fröhlich der Ignorierung der Mannheimer Schwurgerichts-Prozesse beschuldigte!

Wen wundert nach dieser Probe der Wahrhaftigkeit noch, daß Genosse E.-Freiburg in seiner Zuschrift weiter—so legt:

„. . . Die Art und Weise, wie der „Vorwärts“ seine Leser in den Glauben zu verlegen sucht, es hätten nirgends und niemals Nachfeiern stattgefunden wie in Baden, wollen wir lieber nicht mit dem richtigen Namen bezeichnen.“

Jeder Leser des „Vorwärts“ weiß, daß der „Vorwärts“ niemals etwas derartiges verübt hat; die Redaktion der R. „V.“ natürlich auch, aber sie hat nichts dagegen einzuwenden, daß Genosse E. diese lauside Unwahrheit den Lesern der „Volksstimme“, die ja in der überwiegenden Mehrheit den „Vorwärts“ nicht zu sehen bekommen, vorsetzt, nein, sie verstärkt sie noch durch die ebenso unwahre Behauptung:

„. . . Bis her hat sich die Unentwegtheit der Vollen und Ganzen des „Vorwärts“ gegen den württembergischen Disziplinbruch schlimmster Art noch nicht aufgebäumt. Vermutlich hat sich der Entfristungskraut an der Eruption nach der badiſchen Seite erschöpft.“

In seiner Nummer 105 vom 8. Mai schrieb der „Vorwärts“: „. . . Selbstverständlich gilt für die Driftkisten Württemberg und der Pfalz, die die Maiser nicht am 1. Mai begehen, daselbe wie für die betreffenden Orte Badens.“

Und in der Nr. 109 vom 12. Mai hat der „Vorwärts“ ausführlich die Landesteile aufgezählt, wo Verlegungen der Maiser und Mainachfeiern vorgekommen sind.

Das alles hindert die R. „V.“ nicht, ihren Lesern die oben angelegten Unwahrheiten vorzusetzen, sie in schlimmster Weise zu täuschen! Wir überlassen den Genossen das Urteil über solche Kampfweise!

Dem **Karlsruher „Volkswillens“** tut es sehr leid, daß er, bevor seine Nachbarin in Mannheim das badiſche Land gegen den „Vorwärts“ alarmierte, unsere Ausführungen seine „sachliche Zustimmung“ erteilte. Er kammer sich an die Bezeichnung „Maiserstummerei“ an, die er ohne Ursache auf die gesamte badiſche Mainachgebung bezieht, um dagegen Protest zu erheben. Wenn der „Volkswillens“ doch die Tatsache anerkennen wollte, daß

der Vorwärts die Kaiserfeier der habsburgischen Genossen ausdrücklich würdigte mit den Worten:

In den großen Städten des Landes gestaltete sich die Festlichkeit immer erheblicher: die Zahl der am 1. Mai Feiernden nimmt von Jahr zu Jahr eine größere Ausdehnung an.

Wir können uns dem Schlusse des „Volkstreu“-Artikels, daß „Schließlich eine Mai-Nachfeier immer noch besser ist als keine Kaiserfeier“ aus Gründen der Achtung vor der sozialdemokratischen Kaiserfeier-Idee nicht anschließen. Nach demselben Grundsatze dürfen wir dem „Volkstreu“ darin nicht beipflichten, daß eine kritische Beurteilung der Kaiserfeier im Lande Baden nicht Sache des Zentralorgans, sondern nur der Provinzialpresse sein kann. Dagegen freuen wir uns über die Korrespondenz aus Pörsch, derzufolge die dortigen Arbeiter künftig statt der bisherigen Kaiserfeier grundsätzlich die demonstrative Feier am ersten Mai zu begehen wünschen.

Totenliste. In Leipzig-Wöckern starb, 55 Jahre alt, der Genosse Rigorenmacher Eduard Langrod, der schon vor dem Sozialistengesetz als Arbeitervertreter im Gemeinderat von Wöckern saß und unter dem Sozialistengesetz der Ausweisung verfiel. Er hat bis zu seinem Tode treu und unermüdet für die Partei gewirkt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine „buddhistische“ Gemeindebehörde. Die Gemeindebehörde von Weimar berichtet nach dem verstorbenen Eisenbahnministers Budde schönem Muster den Verkauf sozialistischer Blätter in den Zeitungskiosken, die eine Bremer Firma kürzlich in Weimar errichtet hat. Eine würdige Mahregel für die Stadt, wo Schiller und Goethe gelebt haben!

Eine Staatsrettung. Einem Erfurter Kaufmann ist folgendes amtliche Schreiben von der Polizeibehörde zu Erfurt zugegangen:

Sie haben am 1. Mai d. J. vormittags gegen 10 Uhr 50 Minuten gelegentlich der Kaiserfeier einen Hund mit einem roten Zylinderhut auf der Straße umherlaufen lassen, wodurch bei dem Publikum Aufsehen erregt und somit großer Unfug verübt.

Infolge dessen verhängen wir von Amtswegen 5 M. Strafe oder einen Tag Haft.

Die „Tribüne“ hält die Verfügung für unhaltbar, denn sie habe erfahren, daß der Hund sich den Zylinder selber aufgesetzt hat und höchst eigenbeimig spazieren ging. Darum hat sich die Polizei in der Adresse geirrt. Vor Gericht wird der Köter die Sache gewiß gerne bestätigen.

Von 9 Mark auf 30 Mark brachte es ein Genosse aus Hellinghausen, indem er gegen ein Strafmandat, das er wegen Verbreitung von beschlagnahmen Wahlrechtsflugblättern erhielt, an das Schöffengericht zu Erfurt appellierte. Der Vorsitzende ärgerte sich in der Verhandlung über den roten Schlipf des Angeklagten.

Strafkonto der Presse. Wegen Verleumdung eines scharfmündigen Schneidermeisters wurde Gen. v. Lojewski von der „Tribüne“ zu Erfurt durch das Schöffengericht Erfurt zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Die Strafkammer erhöhte am Freitag die Strafe auf 50 M.

Gewerkchaftliches.

Ein Skandal für die englische Arbeiterbewegung!

Wie schon mitgeteilt, haben die Niederproben Hamburgs den auf zehn Tage Aussperrung lautenden Beschluß voll zur Durchführung gebracht, um so den Hafenarbeitern „ein für allemal“ die „Walgelanten“ auszutreiben. Mit ungeheuren Opfern haben die Seefahrtskapitalisten Streikbrecher aus dem Auslande herbeigeschafft und dabei die geschlichen Bestimmungen über das Wohnen und die Verpflegung im Freihafen mit Füßen treten dürfen.

Nach Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Ausgesperrten ist das internationale Streikbrechergesindel zum größten Teil bereits nach allen Richtungen der Windrose abgedrösel worden. Man ist froh, daß man diese „nützlichen“ Ausländer, die hier sehr selbstbewußt unter dem Schutze der Polizeimacht auftraten, wieder los ist. Am Sonnabend lagen auf dem Kasernendampfer noch 500 Engländer, die aber von den Stauern nicht mehr beschäftigt wurden.

Interessant dürfte es sein, zu erfahren, welches Land das größte Streikbrecher-Kontingent gestellt hat. Es ist England (!), das „Land der Gewerkschaften“, das über drei Viertel aller Stabs gestellt hat, nämlich 3000 von etwa 3800! Der Rest verteilt sich auf die anderen Nationen und — Rassen.

Zur Ehre der deutschen Arbeiter sei gesagt, daß unter den Streikbrechern nur einige Hundert Deutschsprechende waren. Die Dampfer „Pennsylvania“, „Lutierwort“, „Verissa“, „Ophele“ und „Cressida“ haben bereits in der vorigen Woche mit 900 bzw. 953, 100, 138 und 195 englischen Streikbrechern an Bord den Hamburger Hafen verlassen; der aus etwa 800 Mann bestehende Rest ist am Montag, den 14. Mai, gefolgt.

Die englischen Streikbrecher sind hier sehr forsch aufgetreten, haben mit unsäglicher Geringschätzung auf die „Dutchmens“ herabgesehen, diese mit Messern und Instrumenten anderer Art angegriffen und wunderten sich schließlich, daß die „Dutchmens“ den „bevorzugten Söhnen Albions“ gehörig das Fell durchgerieben. Selbst die bürgerliche Presse gesteht jetzt ein, daß das internationale Streikbrechergesindel der provozierende Teil gewesen ist.

Auch im Lande der Gewerkschaften gibt es noch viel Aufklärungsarbeit zu verrichten.

Berlin und Umgegend.

Der Schloßerstreik geht seinem Ende entgegen, und zwar einem für die Arbeiter ruhmvollen Ende. Sechs Wochen lang haben sich die Schloßermeister gesträubt, die berechtigten Forderungen der Arbeiter in ihren wesentlichen Teilen anzuerkennen. Sie machten anfangs Lohnangebote, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht akzeptiert werden konnten. Als daraufhin die Schloßer in einen partiellen Streik traten, antworteten die Meister mit einer teilweisen Aussperrung, die allerdings wirkungslos verlief. Nach sechswochenlangem Kampfe mußten sich dann die Schloßermeister wohl über übel zu Verhandlungen bereit erklären und wesentliche Zugeständnisse machen. Die beiderseitigen Kommissionen einigten sich am Sonnabend auf eine Tarifvorlage mit folgenden Hauptbestimmungen: Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Lohnzuschlag entschädigt. Der Mindestlohn beträgt 47½ Pf. pro Stunde. (Gefordert wurden anfänglich 50 Pf., im alten Tarif war der Mindestlohn auf 35 resp. 40 Pf. festgesetzt.) Arbeitsüberläufe werden der Lohnhöhe und der Stundenzahl entsprechend verteilt. Es folgen dann eine Reihe von Spezialbestimmungen, so u. a. auch über Pörscheld- und Jahrgeldentschädigung, bei denen sich die Meister zu erheblichen Zugeständnissen verstehen mußten. Es ist auch vorgesehen, daß sich die Schlichtungskommission ihren Bescheidern selbst wählt und dieses Amt nicht ohne weiteres dem Obermeister der Schloßerfirma zufällt, wie es die Meister anfangs wollten. Der neue Tarif soll vom 1. Juli d. J. bis zum 30. Juni 1909 gelten unter gegenseitiger Anerkennung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation, hier also des deutschen Metallarbeiterverbandes.

In der gestrigen Versammlung der Streikenden empfahl die Lohnkommission diese Vorlage zur Annahme. Nach längerer Debatte wurde dieselbe auch mit einer größeren Majorität angenommen. Ueber den Tag der Wiederaufnahme der Arbeit sind sich die beiderseitigen Kommissionen noch nicht schlüssig geworden. Vereinbarungen darüber werden noch in einer besonderen Sitzung getroffen.

Achtung! Kohlegeher und Helfer!

Diesem Kollegen, welche für die Firmen Gebrüder Körting, Käferle und Zentralheizungswerke Hannover Montagen und sonstige Arbeiten hier in Berlin ausführen, werden ersucht, sich in unserem Bureau zu melden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ordnungsverwaltung Berlin.

Die Arbeiter der Firma Wig u. Genest, Telephon-Apparatenfabrik, hatten jüngst den Beschluß gefaßt, die Ueberstunden im Betriebe zu verweigern. Von den Meistern des Werks ist daraufhin mit Maßregelungen und Entlassungen einer Anzahl belibig herausgegriffener Arbeiter geantwortet worden. Gestern fand nun eine stark besuchte Betriebsversammlung statt, in der das Verhalten der Meister erneut einer scharfen Kritik unterzogen wurde. In der Versammlung kam die hochgradige Erregung der Arbeiter und Arbeiterinnen über diese Vorfälle sehr marant zum Ausdruck. Es wurde sofort beschloffen, erstmalig eine Kommission zu wählen, welche sowohl wegen der maßlosen Ueberstundenwirtschaft wie auch des sonstigen Benehmens der Meister bei der Direktion vorstellig werden soll.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der Forme.

Der Verband bayerischer Metallindustrieller hat sich endlich zu einer Tat gegen die Arbeiterschaft aufgeschwungen. Er hat ihnen nämlich mit der Post folgendes Zirkular zugehen lassen:

In den Bezirken Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau usw. bestehen infolge der seitens der sozialdemokratischen Gewerkschaften gestellten Forderungen Ausstände.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat zur Feststellung der Arbeitsbedingungen in seinen Bezirksverbänden eingehende Erhebungen über Löhne, Arbeitszeit, Affordwesen usw. angestellt und diese Erhebungen durch eine Kommission prüfen lassen. Die Kommission stellte fest, daß die Arbeitsbedingungen, insbesondere Löhne und Arbeitszeiten in den vom Streik betroffenen Verbänden berechtigten Anlaß zu den Ausständen nicht geben, daß die Ausstände vielmehr nur durch die Aufwertung und Festhaltung von Nachfragen von den Führern aus agitatorischen Gründen nicht beendet werden.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller nimmt deshalb eine Mäßigkeit für die vom Ausstände betroffenen Verbände in Aussicht, falls nicht bis zu einem gewissen, noch belanntzugebenden Zeitpunkt der Friede hergestellt ist. Die Mäßigkeit soll erfolgen durch die Aussperrung von Mitgliedern sozialdemokratischer Gewerkschaften und zwar deshalb, weil diese erwiebnennahmen nur Kampforganisationen sind, als welche sie sich in ihren Organen selbst bezeichnen.

Das Belanntwerden dieser Absicht gab den Führern der sozialdemokratischen Organisation Veranlassung zu den beständigen Angriffen, zu absichtlichen Entstellungen und Verdächtigungen, unternommen lediglich zum Zweck, Unruhe unter die Arbeiterschaft zu tragen und sie dadurch zum Anschluß an die Organisation zu zwingen.

Unfrieden zu säen, Unfriede in jedem Betriebe um jeden Preis zu schaffen, daß sind die Lebensbedingungen der sozialdemokratischen Organisation und deren Führer.

So Ruhe herrscht, haben die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaft ihre Bedeutung verloren; deshalb sorgen sie für dauernden Kampf; deshalb müssen die wichtigsten Vorwände zu großer Bedeutung aufgebracht werden; deshalb aber auch müssen die Bestrebungen dieser gewissenlosen Agitatoren aufs schärfste bekämpft werden.

An alle Arbeiter, die nicht der sozialdemokratischen Organisation angehören, auch an diejenigen, welche der ständigen Verunruhigung und Bevormundung durch deren Führer sowie der großen Opfer, die ihnen zugemutet werden, müde sind, ergeht die Aufforderung, uns im Kampfe um die Ruhe zu unterstützen und damit zur friedlichen Entwidlung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beizutragen.

Allen, die uns in der Lösung dieser Aufgabe zur Seite stehen, sichern wir unseren weitgehendsten Schutz zu; wir werden alle Leistungen, die von Seite der Kampforganisation ausgehen, auf keinen Fall dulden und alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um endlich wieder zu einem friedlichen Zusammenarbeiten zu gelangen.

Verband Bayerischer Metallindustrieller.
Die Versendung dieses Zirkulars, das alle die belannteten Scharmacherphrasen wiederholt, ist alles, wozu die Metallindustriellen bisher sich überhaupt aufschwangen konnten.

Inzwischen hat in Dresden das Verhandlungsspiel wieder begonnen.

Die Unternehmer haben am Sonnabend erneut — die Arbeiter hatten die Verhandlungen abgebrochen — Vorschläge gemacht, die wesentliche Verbesserungen enthielten. Später kamen sie aber noch mit einem weiteren Vorschlag, der betrefft die Wiederaufnahme der Arbeiter in den Betrieben, der Arbeitswilligen, den Bestimmungen über die Affordarbeit wieder wesentliche Verschlechterungen enthielt. Die Unternehmer behaupteten, die ersten Vorschläge seien unverbändlich von einzelnen Mitgliedern der Arbeitgeberkommission gemacht worden, während der letzte unangenehme Vorschlag offiziell sei. In einer gestern vormittag im „Trianon“ abgehaltenen, von 2000 Formern besuchten Versammlung wurde Stellung dazu genommen. Es wurden zu den letzten Vorschlägen der Unternehmer Änderungs-vorschläge gemacht und einer engeren Kommission die Vollmacht erteilt, mit den Unternehmern eine Einigung vorbehaltlich der Zustimmung einer noch einzuberufenden Formerversammlung abzuschließen.

Es dürfte also wohl im Laufe dieser Woche zum Frieden kommen. Die Unternehmer haben, so viel ist schon jetzt sicher, in einer Reihe von Punkten nachgeben müssen. Von der Vernichtung der Organisation, von der sie vielleischt geträumt haben, ist nicht die Rede. Im Gegenteil: Die Organisation wird aus den Kämpfen stärker und gefestigter hervorgehen wie vor dem Konflikt, vor der Nachprobe der Unternehmung.

Chemnitz. Zu imposanten Kundgebungen gegen die Aussperrungsgelüste der Metallindustriellen gestalteten sich acht große Metallarbeiterversammlungen, die in verschiedenen Teilen von Chemnitz in den größten zur Verfügung stehenden Sälen abgehalten wurden. 10 000 bis 12 000 Besucher wies die Versammlungen aus und die Teilnehmer beherrschte eine fröhliche, kampfesmutige und siegesüberdrüssige Stimmung. Bei den in der Metallindustrie in Chemnitz bezahlten nicht allzu hohen Löhnen ist besonders hervorzuheben, daß der vom Vorstande eingeführte Extrabeitrag auf keinen Widerstand stieß, diese Maßregel vielmehr als der gegenwärtigen Situation entsprechend verteidigt wurde. Durch Annahme einer Resolution sprachen die Versammelten den Streikenden bez. Aussperrten ihre Sympathie aus, versprachen ihnen moralische und pekuniäre Unterstützung und billigten den Beschluß des Zentralvorstandes, „ab 12. Mai eine Extrostunde von 25 Pfennig pro Woche von den männlichen Mitgliedern zu erheben“, als die einzig richtige Antwort auf den Aussperrungsbefehl der Metallindustriellen Deutschlands.

Lohnbewegungen im Steinbrudgewerbe. In Breslau, Chemnitz, Hannover, Kiel, Leipzig und Saalfeld stehen die Lithographen und Steinbruder im Streik. Die Arbeitgeber in Braunschweig, Bremen und Stuttgart kündigten deshalb den Lithographen und Steinbrudern, und kam es in diesen Städten zu allgemeinen Aussperrungen. Zurzeit sind 800 im Streik, weitere Aussperrungen sind angehängt, doch herrscht unter den Beteiligten starke Kampfesstimmung. In Hannover und Breslau wird bereits die 5. Woche gestreikt, aber Streikbrecher haben sich nicht gefunden. In Oesterreich und Holland werden durch große Annoncen und Agenten vergeblich Streikbrecher gesucht. In Heilbronn ist nach 10tägigem Streik derselbe mit vollem Erfolg für die Arbeiter beendet. In Lübeck, Mannheim, Karlsruhe usw. fanden ohne Streik Bewegungen zugunsten der Arbeiter statt. In einer Reihe weiterer Städte rüsten die Lithographen und Steinbruder sich zur Bewegung. Die Arbeitgeber gründeten einen Schutzverband a la Metallindustriellen und stehen somit auch in diesem Gewerbe größere Kämpfe bevor.

Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Weißenfels, 14. Mai. Die gestern im hiesigen Streikgebiete abgehaltenen Versammlungen der ausständigen Braunkohlenarbeiter haben die Fortsetzung des Streiks beschlossen, bis die Zusätze der Grubenverwaltungen schriftlich festgelegt ist. Die Verwaltungen dagegen wollen erst, wie das „Weißenfelser Tageblatt“ meldet, nach Wiederaufnahme der Arbeit eine bindende Zusage geben. Die Zahl der Streikenden hat wieder zugenommen.

Textilarbeiter-Aussperrung.

Neumünster, 14. Mai. Der Textilarbeiterverein hat einen Anschlag in sämtlichen Fabriken verteilt lassen, demzufolge, falls die Ausständigen der Firma Wehrens bis Mittwoch die Arbeit nicht aufgenommen haben, die Aussperrung sämtlicher in den hiesigen Fabriken beschäftigten Arbeiter vor sich gehen soll, und zwar dergestalt, daß am Mittwoch in acht Tagen sämtliche hiesigen Textilarbeiter still gelegt sind. Es kommen dabei mehrere tausend Arbeiter in Frage.

Ein großer wirtschaftlicher Kampf in Königsberg vermiendet. Der Streik bei der Firma K. Brecht u. Wendowski ist beendet; dadurch wird die Aussperrung in der gesamten Holzindustrie vermindert. Die Arbeiter haben wesentliche Vorteile erziungen. Die Abschaffung der Affordarbeit ist zwar nicht gelungen, doch sind die Affordsätze wesentlich erhöht worden. Die Stundenlöhne sind um 25—30 Proz. gestiegen. Die Arbeitszeit ist von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt worden. Ferner ist Mehrbezahlung für die Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit erreicht worden. Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, da es sich um eine Millionenfirma handelte und das gesamte Unternehmertum hinter ihr stand. Die Arbeiter sind gut organisiert. Deshalb magte man auch einen längeren Kampf nicht. Gestern wurde die Arbeit aufgenommen.

Eine anarchistische Verdächtigung gegen den Kassierer der Zahlstelle Köln des Verbandes der Bauhilfsarbeiter war der Gegenstand einer Verhandlung vor dem dortigen Schöffengericht. Es handelt sich um zwei Artikel des anarchistischen Wochenblattes „Der freie Arbeiter“, die wir damals besprochen haben, und worin der Kassierer fälschlich beschuldigt war, einen wandernden Arbeiter der Polizei überliefern und ferner die Kasse der Kölner Zahlstelle des Bauhilfsarbeiterverbandes bestohlen zu haben. Der Kassierer war in dem zweiten Artikel als Kassenmarder bezeichnet worden. Die gerichtliche Beweisaufnahme ergab, daß in der Kasse, die einen Etat von vielen Tausend Mark aufweist, ein Marko von 30 M. vorhanden war, das durch das dem Kassierer zustehende Markogeld von 80 M. mehr als doppelt gedeckt war und vermutlich durch verloren gegangene Belege entstanden ist. Von einer Verurteilung kann gar nicht die Rede sein. Der Kassierer des „Freien Arbeiter“, Oesterreich aus Berlin, wurde zu 100 M. Geldstrafe verurteilt.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Lehrmeister Hebermat. In München wurden bekanntlich die Gerüstbauarbeiter, weil sie am 1. Mai nicht zur Arbeit antraten, ausgesperrt. Die Unternehmer, die den Arbeitern ihren Herrenstandpunkt fühlen lassen wollten, versuchten, eine entsprechende Ausmusterung unter den Arbeitern vorzunehmen, was ihnen aber vollständig mißlang. Die Unternehmer hoben die Aussperrung wieder auf, die ausgesperrten Arbeiter weigerten sich aber, die Arbeit bedingungslos aufzunehmen, so daß die Unternehmer gezwungen waren, für ihre Willkür die Bege zu bezahlen. Nach wiederholten Unterhandlungen erreichten die Arbeiter eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 1½ Stunden, eine Lohn-erhöhung von 8 Pf. pro Stunde und außer anderen Begünstigungen prozentuale Zuschläge für Ueberstunden und Arbeiten außerhalb des Quartals.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wieder ein Attentat.

Warschau, 14. Mai. (B. T. V.) Von einem Privat-korrespondenten. Heute abend wurde hier in der Marschall-towolstraße der Polizeikommissar Konstantin und drei andere Personen durch eine Bombe getötet. Soldaten gaben eine Salve ab, durch die 8 Personen verwundet wurden.

Zusammenstoß von Streikenden und Gendarmen.

Serajewo, 14. Mai. (B. T. V.) In dem Kohlen- und Eisenwerk in Zenica ist ein Ausstand ausgebrochen. Die Ausständigen bewarfen die Gendarmen mit Steinen und schossen mit Revolvern. Die Gendarmen gaben darauf Feuer, wodurch drei Personen getötet und fünf verwundet wurden. Auch ein Gendarm wurde verwundet. Von hier wurden zwei Kompagnien nach Zenica entsendet.

Grapsch in Schweden.

Stockholm, 14. Mai. (B. T. V.) Die erste Kammer des Reichstages verwarf mit 126 gegen 18 Stimmen den Wahlrechtsentwurf der Regierung und nahm mit 118 gegen 26 Stimmen einen Antrag betreffend das allgemeine Wahlrecht mit Proportionalwahlen zu beiden Kammern, und Herabsetzung der Wahlperiode der ersten Kammer von neuem auf sechs Jahre an.

Der „ranke Mann“ gibt nach.

London, 14. Mai. (B. T. V.) Unterhaus. Sir Edward Grey macht unter Beifallsstundgebungen des Hauses Mitteilung, daß von der Forste eine befriedigende Antwortnote eingegangen sei und führt dann aus: Die Forste hat dem Vorschlag in Konstantinopel, Sir R. O'Connor, zur Kenntnis gebracht, daß Tabak und alle anderen Dinge in der Nähe, die neuerdings von türkischen Truppen besetzt worden waren, geräumt seien. Späterhin ist eine Note eingegangen, in der erklärt wird, daß die Forste das Telegramm vom 8. April 1892 nicht in Arbeit stellte, daß ferner eine gemischte Kommission zur Ausführung einer topographischen Aufnahme und Herstellung einer Karte ernannt werden solle, um bei der Grenzfestsetzung den Status quo auf der Grundlage besagten Telegramms zu wahren, und daß die Grenzlinie von Wufed in südlicher Richtung nach einem Punkt in einer Entfernung von nicht unter drei Meilen von Akaba laufen solle. Die Regierung hat diese Antwort auf ihre Note angenommen, und sie berechtigt zu der wohl begründeten Hoffnung, daß man in allen Punkten zu einer befriedigenden Lösung gelangen wird.

Reichstag.

102. Sitzung, Montag, den 14. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes wegen Änderung einiger Vorschriften des Reichs-

Stempelgesetzes. Es sollen danach Aktiengesellschaften auch dann die Stempelabgabe bezahlen, wenn die Aktien nicht ausgegeben sind, und zwar soll dieses Gesetz rückwirkende Kraft erhalten nach den Beschlüssen der Kommission.

Abg. Kämpf (fr. Sp.): Der Antrag auf rückwirkende Kraft, der in der Kommission zuerst unverändert gestellt wurde, widerspricht den juristischen Rechtsgrundsätzen und wurde auch von den Juristen der Regierung bekämpft.

Abg. Müller-Fulda (Z.): Der Kommissionsbeschluss bezweckt dasselbe wie der ursprüngliche Antrag, dem Gesetz rückwirkende Kraft zu verleihen, er ist aber materiell nicht derselbe Antrag und rechtlich unannehmbar.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Es handelt sich hier lediglich um die Durchföhrung des Prinzips, den Wert des Unternehmens zu treffen; dies wurde in der Praxis vereitelt, weil man die Aktien nicht ausgab.

Abg. Singer (Soz.):

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Dem Gedanken, daß die sogenannten „ungehörten Aktien“ gestempelt werden sollen, haben wir von vornherein zugestimmt. Als das Gesetz gegeben wurde, hat niemand daran gedacht, daß es einmal Revision geben wird, die in der Lage sind, eine Aktiengesellschaft von 20 oder 30 Millionen zu gründen, diese Aktien aber nicht zum Verkauf zu bringen, um sich das Kapital dafür zu beschaffen.

Abg. Böhm (nat.) tritt den gestellten Anträgen entgegen und bittet, die Vorlage in der Fassung der Kommission anzunehmen.

Abg. Arendt empfiehlt seinen Antrag, der geeignet sei, den Kurs der Staatspapiere zu heben. Nach den neu beschlossenen Steuern auf Einnahmen aus der Börsensteuer zu verzichten, ist unangebracht, das erinnert an das Sattelpiel nach der Tragödie.

Abg. Mommsen (fr. Sp.) zieht den Antrag Kämpf-Mommsen mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses zurück, da er keine Aussicht auf Annahme hat.

Abg. Singer (Soz.) nimmt den Antrag wieder auf. Ferner ist ein Antrag Müller-Fulda (Z.) eingegangen, wonach das Gesetz am 1. Juli 1906 in Kraft treten soll.

Abg. Graf Kanitz (L.) polemisiert gegen den Antrag Kämpf; das Börsengesetz kann nicht für den schlechten Anleihemarkt verantwortlich gemacht werden.

Abg. Singer (Soz.): Eine Zeitsung glaubte ich mich bei den Verhandlungen eines Bankierkongresses zu befinden. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Die Herren, welche meinen, die Verhandlungen des Reichstages werden ungebührlich in die Länge gezogen, man müsse dafür sorgen, daß die Verhandlungen nach Möglichkeit abgekürzt würden, gerade diese Herren sind es, die die Kosten der heutigen Unterhaltung tragen.

Zu den Artikeln 3 und 4 der Kommissionsbeschlüsse werden meine Freunde den Vorschlägen der Kommission zustimmen. Weiter erklären wir uns für den ehemaligen Antrag Mommsen, der zu meinem Bedauern zurückgezogen ist. Ich habe geglaubt, daß die Antragsteller mit Eifer für diesen Antrag kämpfen werden, und da es sich um einen Antrag handelt, den wir nur deshalb nicht gestellt haben, weil die Herren Mommsen und Kämpf ihn schon gestellt hatten, muß ich ihn natürlich in dem Augenblick, wo sie ihn fallenlassen, wieder aufnehmen.

Dem Antrag Arendt werden wir nicht zustimmen, weil wir die Anstalten, für die er Stempelbefreiungen will, als privatkapitalistischen Interessen dienend ansehen müssen, während die Anleihen, die von Kommunen usw. ausgegeben werden, öffentlichen Zwecken dienen.

Vor allem hatte ich mich zum Worte gemeldet, um den Antrag zu unterstützen, auch kommunale Steuern von der Stempelsteuer zu befreien. Es liegt kein Grund vor, die Kommunen in diesem Falle schlechter zu behandeln, als das Reich und die Bundesstaaten. Man sollte meinen, daß der natürliche Standpunkt eigentlich der sein sollte, daß das Reich den Kommunen nicht hinderlich entgegentritt, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen. Durch diese Bestimmung aber werden die Kommunen schlechter behandelt.

Was nun den Grund des preussischen Finanzministers anlangt, daß die kommunalen Anleihen auf den Kurs der Reichs- und Staatspapiere drücken, so zweifle ich daran, daß das zutrifft. Aber selbst angenommen, es träte zu, so kann man doch die Kommunen nicht dafür bestrafen, daß sie ihre Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit erfüllen und dabei natürlidigerweise zu Anleihen kommen. Es paßt sich nicht für die Einzelstaaten, sich auf Kosten der Kommunen einen besseren Markt zu verschaffen. Das Reich hat die Pflicht, die Interessen der Gemeinden zu wahren, wo diese von einzelstaatlichen Interessen bedroht werden. Deshalb bitte ich Sie, für den ehemaligen Antrag Mommsen zu stimmen. (Dravol bei den Sozialdemokraten.)

Direktor im Reichsschatzamt Kühn spricht gegen die Ausdehnung der Befreiung auf kommunale Anleihen. Die Debatte ist erschöpft. Artikel 3 und 4 werden in der Kommissionsfassung mit dem ersten Absatz des Antrages Mommsen (Erleichterung des Arbitrier-verkehrs) unter Ablehnung der übrigen Anträge gegen einige Stimmen der Rechten angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird mit dem Antrage Müller-Fulda debattelos angenommen. Die Kommission beantragt Annahme folgender Resolution: Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Vorschlag des Reichstages für Renten und Schuldverschreibungen des Reichs und der Bundesstaaten bei der Reichsbank auf 1/2 Proz. über den Wechselskurs herabzusetzen.

Nach unentschiedener Debatte, an der sich die Abg. v. Kardorff (L.) und Ortel (nat.) beteiligen, wird die Resolution von der Rechten, dem Zentrum und den Nationalliberalen angenommen. Es folgt die erste Beratung des Gesetzes betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen.

Danach sollen, nachdem durch das Gesetz vom 20. Februar 1906 die Reichsbank zur Ausgabe von Reichsbanknoten von 50 und 20 M. ermächtigt ist (statt der bisherigen 50- und 20 M.-Reichskassenscheine), in das Gesetz über die Ausgabe von Reichskassenscheinen Bestimmungen aufgenommen werden.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Wir können das Gesetz nicht ohne weiteres annehmen; die Hebelstände, die ich von der Einführung der kleinen Banknoten fürchte, werden durch Einführung der kleinen Reichskassenscheine noch vergrößert. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Reichschatzsekretär Freiherr v. Stengel: Die Bedenken des Abgeordneten Dr. Arendt scheinen mir nicht gerechtfertigt; denn der Gesamtbetrag der Reichskassenscheine von 120 Millionen wird durch diese Vorlage nicht berührt.

Abg. Ortel (nat.): Die Einführung der Reichskassenscheine von 10 M. ist eine Konsequenz des Gesetzes über die Umwandlung der Reichskassenscheine von 50 und 20 M. in Banknoten. Denn die frei werdenden 100 Millionen Reichskassenscheine müssen doch untergebracht werden. Ich bitte, den Antrag in eine Kommission zu verweisen, abzulehnen.

Abg. Kämpf (fr. Sp.): Das Gesetz Banknoten im Betrage von 50 und 20 M. zu schaffen, ist geschaffen worden, um eine Vermehrung der Reichskassenscheine, die sonst notwendig gewesen wäre, zu vermeiden. Die Konsequenz ist aber die Einziehung der Reichskassenscheine von 50 und 20 M., für die Ertrag zu schaffen ist. Man soll sich doch vor solchen Ueberreibungen hüten, daß man von einer eintretenden Weltwirtschaft spricht, wie Abg. Arendt. Wir haben 4000 Millionen Reichsgoldmünzen, 800 Millionen Reichsilbermünzen, was wollen da die 120 Millionen Reichskassenscheine besagen. Auch ich bitte, die Verweisung des Gesetzes an eine Kommission abzulehnen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag auf Ueberweisung in eine Kommission wird gegen die Stimme des Abg. Dr. Arendt abgelehnt. Abg. Dr. Arendt (Rp.) beantragt, die zweite Lesung des Gesetzesentwurfes von der Tagesordnung abzusehen. Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Ich beantrage Vertagung und bezweifle zugleich die Beschlußfähigkeit des Reichstages. Der Antrag auf Vertagung wird nicht genügend unterstützt. (Große Heiterkeit.) Präsident v. Ballestrin: Ich stelle § 1 zur Diskussion — und schließe dieselbe.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses. Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Wir sind jetzt in der Beratung des § 1. Da liegt kein Anlaß vor, die Beschlußfähigkeit zu bezweifeln; Dr. Arendt hätte sich seine Obstruktion sparen sollen, bis wir zu einer Abstimmung kommen.

Präsident v. Ballestrin: Der Abg. Arendt hat den richtigen Zeitpunkt nicht verpaßt; ich habe § 1 zur Diskussion gestellt, und damit ist die Abstimmung zu erwarten. Das Bureau teilt die Zweifel des Abg. Arendt. Es tritt also Vertagung ein. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Dritte Beratung der Diätenvorlage; Mantelgesetz.

Verhandstag der Schmiede.

Berlin, 14. Mai.

Am Sonntag wurde hier im Gewerkschaftshause die zweite Generalversammlung des Verbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen eröffnet. — Siering, Berlin und der Verbandsvorsitzende Lange, Hamburg hielten Begrüßungsansprachen, dann erfolgte die Konstituierung der Generalversammlung. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden Lange, Hamburg und Siering, Berlin betraut. Im übrigen wurden in der Sonntagssitzung die verschiedenen Kommissionen gewählt und die einleitenden geschäftlichen Formalitäten erledigt. Außer den Vertretern der Verbandskörperlichkeiten sind 72 Delegierte anwesend.

Der Vorstand hat der Generalversammlung einen gedruckten Geschäftsbericht vorgelegt, aus dem wir die wichtigsten Angaben hier wiedergeben: Beim Abschluß der vorigen Geschäftsperiode (Ende 1902) hatte der Verband 7484 Mitglieder in 135 Zahlstellen. Mit dem gegenwärtigen Abschluß (Ende 1905) zählt der Verband 17101 Mitglieder in 182 Zahlstellen. Das ist eine Zunahme von 9707 Mitgliedern und 47 Zahlstellen. Im Laufe von drei Jahren haben sich demnach die Mitglieder mehr als verdoppelt. Die Lohnbewegungen und Streiks haben sich gegen die vorige Geschäftsperiode bedeutend vermehrt. Im allgemeinen überschritten die Ausstände die normalen Verhältnisse des Verbandes. Obwohl der Vorstand alles daran setzte, die Ausstände mehr zu beschränken, blieben diese Vorstandsmaßnahmen zum größten Teil erfolglos. Die Ursache, daß der Verband über die normalen Verhältnisse hinaus an Ausständen beteiligt war, ist, daß er durch andere Verbände infolge der Aussperrungsgelüste der Unternehmer in Mitleidenschaft gezogen wurde. Immerhin hat der Verband durch die Lohnbewegungen bedeutende Vorteile erlangt. Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen waren im Jahre 1903 28, im Jahre 1904 48, im Jahre 1905 58 zu verzeichnen.

Wie der Kassenbericht ausweist, betragen die Einnahmen in der dreijährigen Geschäftsperiode:

Table with 2 columns: Einnahmen (Einnahmen) and Prozent der Einnahmen (Prozent der Einnahmen). Rows include: Für Eintrittsgelder (11,937.50 M., 7.70%), Für Beiträge (439,529.75 M., 14.85%), Für Extrasteuern (40,452.20 M., 8.03%), Sonstige Einnahmen (14,788.79 M., 3.10%), Summa (506,456.74 M., 100%).

Am Montag setzte die Verhandlung mit dem Bericht des Vorstandes ein. Der Verbandsvorsitzende Lange, Hamburg gab einige Ergänzungen zu dem gedruckten Bericht. Der Hauptgeschäftsführer Siering, Hamburg beschränkte sich auf eine kurze Bemerkung zum Kassenbericht. Dann gab der Ausschuhvorsitzende den Bericht des in Kiel domizilierenden Ausschusses, der sich lediglich mit einer Reihe von Beschwerden über innere Verbandsangelegenheiten befaßt.

Die Diskussion über die Berichte füllte den ganzen Sitzungstag aus. Neben aus den verschiedensten Zahlstellen lobten Kritik an einigen geschäftlichen Maßnahmen des Vorstandes. Besonders erstreckte sich die Kritik auf die Erhebung von Extrabeiträgen. Es wurde weniger die Zahlung der Extrabeiträge selbst bemängelt, als vielmehr der Umstand, daß dieselben auf Beschluß einer erweiterten Vorstandssitzung, einer im Statut für solche Fälle nicht vorgesehenen Instanz, erhoben wurden. — Hinsichtlich der Anstellung eines Gauleiters in Süddeutschland waren mehrere Diskussionsredner der Meinung, daß eine andere Person als die, welche der Vorstand mit dem Amte betraut hat, diesen Posten hätte bekleiden müssen, doch wollte man dadurch die Fähigkeiten des gegenwärtigen Gauleiters nicht in Zweifel stellen. — Mehrfach wurde in der Debatte auch darüber gesprochen, daß sich die Zahlstellen Hamburg und Altona nicht verhalten haben, wie es nach einem Wunsch der vorigen Generalversammlung hätte geschehen sollen. Es wurde behauptet, wenn der Verbandsvorstand in Hamburg mit mehr Geschick für die Verschmelzung eingetreten wäre, dann würde sie bereits vollzogen sein, denn grundsätzliche Gegner der Verschmelzung gebe es nicht. — Was sonst noch an dem Vorstandsbericht kritisiert wurde, war rein geschäftlicher Art. Im allgemeinen erklärten sich die Redner mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden.

Die Debatte über den Ausschuhbericht berührte nur persönliche und interne Verbandsangelegenheiten. Die Montagssitzung schloß damit, daß dem Vorstande einstimmig und dem Ausschuh gegen wenige Stimmen Decharge erteilt wurde.

Aus Industrie und Handel.

Steigerung der Lebensmittelpreise.

Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ sind im April dieses Jahres im Kleinhandel die Preise verschiedener Lebensmittel gegen den April des Vorjahres teilweise ziemlich erheblich, auch gegen den Vormonat in 1906 noch weiter gestiegen. Nach den Durchschnittspreisen von 24 größeren Markorten kostete 1 Kilogramm in Pfennigen:

Table with 4 columns: im März 1906, im März 1905, im April 1906, im April 1906 gegen 1905. Rows include: Rindfleisch (Keule) (157, 144, 157, 13), (Gaul) (134, 123, 134, 11), Schweinefleisch (173, 146, 173, 26), Kalbfleisch (162, 144, 164, 20), Hammelfleisch (155, 140, 156, 16), ger. Speck, in l. (189, 100, 190, 30), Eibutter (245, 244, 248, 4), Schweinehälften (163, 164, 181, 17), Weizenmehl (31, 30, 31, 1), Roggenmehl (27, 25, 27, 2).

Die Preise der vier Getreidearten zeigen gegen den Vormonat starke Steigerungen, die sich besonders beim Weizen und Hafer auf fast alle Markorten erstrecken. Die Erhöhungen betragen beim Weizen: in Posen 12, in Kiel 11, in Stettin 9, in Königsberg i. Pr., Magdeburg und Halle a. S. je 7, in Danzig und Stralsund je 6, in Bromberg, Götting und Berlin je 5, in Paderborn und Kaden je 4, in Gleiwitz, Breslau, Hannover, Rastell, Koblenz und Reuß je 2, in Köslin, Hanau und Trier je 1 M.; beim Hafer: in Kiel 17, in Königsberg i. Pr. und Trier je 10, in Frankfurt a. O. 9, in Götting, Koblenz und Kaden je 8, in Danzig 6, in Gleiwitz und Breslau je 5, in Posen, Berlin und Paderborn je 4, in Stettin und Rastell je 3, in Köslin, Stralsund, Hannover und Reuß je 2, in Magdeburg und Halle a. S. je 1 M. — Die Fleischpreise sind im Durchschnitt der 23 Märkte beim Schweinefleisch um 1 Pf. gesunken, während sie sich beim Kalbfleisch um 2 und beim Hammelfleisch (zum 1 Pf. erhöht haben.

Achtung!

43 Volks-Versammlungen

für

Groß-Berlin

am

Dienstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr.

Berlin.

- | | |
|---|---|
| 1. Wahlkreis. Dräsels Festsäle, Neue Friedrichstraße 35. | 4. Wahlkreis. Lipps Brauerei, Am Friedrichshain. |
| 2. Wahlkreis. Zühlke, Dennewitzstraße 13. | 5. Wahlkreis. Schweizer Garten, Am Königstor. |
| „ Bockbrauerei, Tempelhofer Berg. | 6. Wahlkreis. Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauf. Allee 148. |
| „ Sehnegelsbergs Festsäle, Hasenheide 21. | „ Swinemünder Gesellschaftshaus, <small>Swinemünder- straße 42.</small> |
| 3. Wahlkreis. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. | „ Germania-Prachtsäle, Chausseestraße 103. |
| 4. Wahlkreis. Sanssouci, Kottbuserstraße 4a. | „ Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24. |
| „ Drachenburg, Am Schlesiſchen Tor 1/2. | |

Referenten: Block. Düwell. Ebert. Eichler. Göhre. Grunwald. Dr. Herzfeld. John. Kunert. Ledebour. Molkenbuhr. Ströbel. Wels.

Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

- | | |
|---|--|
| Adlershof. Beyers Gesellschaftshaus, Bismarckstr. 10. | Köpenick. Stadt-Theater. |
| Baumschulenweg. Speers Festsäle, Baumschulenstr. 78. | Mariendorf. Borgfeldt, Feldstr. 44. |
| Britz. Wosinskys Landhaus, Chausseestr. 97. | Nowawes. Deutsche Festsäle, Wilhelmstr. 3. |
| Friedenau. Gesellschaftshaus, Rheinstr. 44. | Rixdorf. Neue Welt, Hasenheide. |
| Groß-Lichterfelde. Reisens Restaurant, Chausseestr. 104. | Schmargendorf. Wirtshaus Schmargendorf, Warnemünderstr. 6. |
| Lankwitz. Links Restaurant, Calandrellistr. 27. | Schöneberg. Obsl's Festsäle, Weiningerstr. 8. |
| Klein-Besten. A. Puranns Restaurant. | Steglitz. Birkenwäldchen, Schützenstraße. |
| Grünau. Duchauffour, Köpenickerstr. 79. | Tempelhof. Noacks Restaurant, Berlinerstr. 9. |
| Johannisthal - Rudow - Nieder - Schöneweide. | Wilmersdorf. Wilhelmshof, Schöneberg, Ebertstr. 80. |
| Krügers Restaurant, Johannisthal, Friedrichstr. 10. | Zehlendorf. August Rüter, Schlachtenstr. Neues Gesellschaftshaus. |
| Königs-Wusterhausen. Weithorn (Altes Schützenhaus). | Zossen. A. Schimke, Barutherstr. 51. |

Referenten: Brückner. Bruns. Julius Cohn. Ewald. Fendel. Fülle. Giebel. Gerhard Hildebrand. Paul Hirsch. Ad. Hoffmann. Katzenstein. Kiesel. Küter. Frau Mesch. Miethke. Rieger. Ritter. Schütte. Thiele-Halle. Dr. Zadek. Zubeil.

Wahlkreis Nieder-Barnim.

- | | |
|--|--|
| Bernau. Elysium. | Ober-Schöneweide. Wilhelminenhof. |
| Franz. Buchholz. Kähnes Festsäle. | Pankow. Feldschlösschen, Berlinerstr. 27. |
| Friedrichsfelde. Bube, Prinzen-Allee 30. | Rummelsburg. Weigel, Türschmidtstr. 45. |
| Karlshorst. Kupsch, Waldschänke. | Weißensee. Vereinshaus, Charlottenburgerstr. 150. |
| Lichtenberg. Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5. | |

Referenten: Antrick. Dr. Bernstein. Dr. Heinrich Braun. Frau Lily Braun. Frau Jeetze. Maas. Paetzel. Störmer. Wermuth.

Tages-Ordnung:

1. Der preussische Volksschulgesetzentwurf.

2. Diskussion.

Zahlreiche Beteiligung aller Parteigenossen und Genossinnen sowie schärfste Agitation für den Besuch der Versammlungen erwartet
Der Zentralvorstand.

Städtische Arbeiter!

Freitag, den 18. Mai 1906, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in „Kellers Festsälen“, Koppenstr. 29:

Gr. Protestversammlung

aller in den Betrieben der Stadt Berlin beschäftigt. Arbeiter, Handwerker usw.

Tages-Ordnung:

Das ablehnende Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten-Mehrheit gegenüber den Arbeiterforderungen.

Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubell**.

Freie Aussprache für jedermann! — Sämtliche Stadtverordneten sind schriftlich eingeladen.

Verband städtischer Arbeiter, Filiale Groß-Berlin.

Emil Dittmer, Alte Jakobstraße 145.

230/17

Auf zur Versammlung am 18. Mai!

Achtung!

Achtung!

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer sowie der Sektion der Putzer und der Gips- und Zementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal. 2. Berichterstattung von der am 24. April stattgefundenen Sanktionskontrolle. 3. Gewerkschaftliches. 143/15*

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Zweigvereinsvorstand. J. U.: G. Thönd.

Regen Besuch erwartet

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV, 3353.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain (Lippis), am Königs-Tor:

Allgemeine Versammlung der Schlosser Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:

Bericht über den neuen Tarif.

Achtung! Metallarbeiter! Achtung!

Mittwoch, den 16. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr, im „Karlsgarten“, Inhaber: D. Heidau, Nixdorf, Karlsgartenstr. 6-10:

Bezirks-Versammlung für Nixdorf und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen P. M. Grömpo über: „Modernes Verkehrswesen“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Bezirksdelegierten. 4. Diskussion. 5. Verhandlungsangelegenheiten und Verschlebens. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Vorort-Bibliotheken.

Moabit. Die Ausgabe von Bibliotheksbüchern findet Mittwoch von 8-9 Uhr und Sonnabends von 8-10 Uhr abends bei G. Gundlach, Waldenferstraße 24, statt.

Spandau. Die Ausgabe von Bibliotheksbüchern findet Montag und Donnerstags abends von 7-9 Uhr bei Gustav Rührmund, Falkenhagenerstr. 63, vorn 2 Treppen statt.

Charlottenburg. Die Ausgabe von Bibliotheksbüchern findet am Montag, von 8-10 Uhr abends, bei Pasche, Potsdamerstraße 44, statt. 119/4

Die Ortsverwaltung.

Gewinn-

Loose der Königlich Preussischen Lotterie zahle sofort aus. 122/13* Heinrich Kron, Bank- u. Lotteriegeschäft, Alexanderstraße 54.

Einen 10822*

Selbstmord

an seinem Vermögen begeht ein jeder, welcher sich bei Neuanschaffung v. Herrengarderobe nicht an das Spezial-Herren-Bekleidungs-Geschäft, fertig u. nach Maß, von J. Kurzberg, An der Jannowitzbrücke 1, wendet. Es ist dies kein Waren-Kredit-Haus, und man erhält dort beste Qualitäten bei billigen Preisen gegen Teilzahlung von 1 Mark an.

Pinol

An allen Orten werden Verkaufsstellen errichtet.

Vertreter gesucht.

Gebrüder Krayer, Mannheim.

Das Beste Kester-Geschäft

des S.-O. von Wilhelm Mühlbach

empfiehlt zur Frühjahrsauslastung Reste zu Damen- und Kindermänteln sowie für Herren- und Knaben-Konfektion zu anerkannt billigen Preisen. Größte Auswahl in fertiger Konfektion. 10 Oppolnerstr. 10



Tokio-Strohhüte mit angebogener Krempe.

Aparte, Kleidsame Formen. 3,75, 2,75, 2,25. 1,90, 1,30

75 Pf.



Rillen-Strohhüte mit angebogener Krempe.

Leichte, beliebte Strohart. 3,75, 2,75, 2,25. 1,90, 1,30, 0,75

65 Pf.

Kniff-Strohhüte



Binsen-Strohhüte

Sehr leicht 85 Pf.

Schöne Strohart. 1,75 75 Pf. Palm-Stroh 2,90 1 M. 90

Panama-Hüte

Naturfarben u. gebleicht. Allerneueste Formen u. Geflechte. 30.-, 24.-, 20.- 16.- 8.- 5,75 2 M. 75



Dick-Strohhüte

mit stacher Krempe 1 M. 50

Zurückgesetzte Herren-Strohhüte . . 25 Pf.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Massstabes

Chausseestrasse 24*/25 • 11 Brückenstrasse 11

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Hüte und Wäsche) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Achtung! Buchbinder! Achtung!

Mittwoch, den 16. Mai, abends 6 Uhr, im „Gesellschaftshaus Wedding“, Müllerstr. 7:

Oeffentliche Versammlung

aller in Buchbindereien, Buchdruckereien, Kontobuch-, Luxuspapier- und Kartonfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs **Adolf Ritter**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 24/2*

Kollegen und Kolleginnen! Kattiere ein jeder recht rege für starken Besuch der Versammlung, speziell dürfen die im Norden beschäftigten Kollegen und Kolleginnen nicht fehlen! Der Gauvorstand. J. U.: Hugo Benser.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Achtung! Verband der Portefeuiller und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Graumanns „Festsälen“, Rannys-Strasse Nr. 27:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste willkommen.

Das bestimmte und pünktliche Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung. 100/15

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empfehl. viel Acate u. Prof. grat. u. z. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstraße 71/72

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ede Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Kinderwagen-Kuhlicke

nur Neue Köpfigstr. 43, 1 Treppe. Ede Ede Schützenstr. a. Alexanderplatz.



Kinderwagen, Kindersportwagen, Bettstollen PP. kaufen Sie nicht, bevor Sie meine Kataloge gesehen haben, gratis u. franko.

Das größte Brot nur 50 Pf.

Backware: 6 Stück 10 Pfennig in Albrechts Bäckereien: Drangelstr. 135, Krautstraße 19, Waldenferstr. 28, Sanikerstr. 2, Markthalle Gädlerstr., Stand 222/23, Markthalle Andreasstr., Stand 16/18, Seestraße: Vorlagenerstr. 13.

Lachmann & Scholz

Turmstraße 76. * Ottostraße 1.

Doppelte Rabatt-Marken

geben wir Dienstag, den 15., Mittwoch, den 16., Donnerstag, den 17. Mai.

* Wenige Artikel ausgenommen.

Maiausperrung und Partei.

Genosse Cohen ersucht uns um Aufnahme folgender Erwiderung: Der Parteivorstand hat meinem „Eingekandt“ in Nr. 110 des „Vorwärts“ einige Bemerkungen angehängt, die mich zu einer Entgegnung zwingen. Die einleitenden Worte „hier zeige es sich wieder einmal“ gelten mir nicht und sind auch keine Nebenbedingung, die von mir gebraucht worden. Das der Parteivorstand sich mit seiner Erklärung, soweit sie die A. G. W. Brunnensstraße angeht, hinter der Gewerkschaft versteckt, habe ich gesagt, und das halte ich auch aufrecht. Nun habe ich dies aber nicht erst drei Tage nach dem 4. Mai in einer Versammlung gesagt, sondern bereits am 5. Mai früh, als ich mir die Abschrift der Erklärung des Parteivorstandes aus dem Parteibureau holte, habe ich dem Genossen Gerich persönlich gesagt, daß ich in der Erklärung des Parteivorstandes ein Sichverstecken der Partei hinter die Gewerkschaft erblicke. Nachdem nun einige der beteiligten Gewerkschaften zu der Angelegenheit in der Brunnensstraße Stellung genommen haben, zeigt es sich, daß kaum ein anderer Weg, als der von mir dem Aktionsausschuß vorgeschlagene, übrig bleibt, um zu einer Regelung zu kommen. Eine gewerkschaftliche Organisation hat beschlossen, diejenigen, die trotz entgegenstehenden Beschlusses gearbeitet haben, auszuschließen.

Eine andere beteiligte Gewerkschaft hat das Gegenteil beschlossen. Wie könnte es unter solchen Umständen wohl etwas Besseres geben als zur Unterstützung der ganzen Angelegenheit ein gemeinsames Vorgehen für Partei und beteiligte Gewerkschaften. Wir wollen uns nicht hinter die Partei verstecken aber umgekehrt soll es auch nicht sein. Zu der Erklärung des Aktionsausschusses möchte ich folgendes bemerken: Zwar gehören die Ausführungen des Aktionsausschusses durchaus nicht zu der Angelegenheit A. G. W. Brunnensstraße. Da aber wie es scheint, im Aktionsausschuß das nicht begriffen wird, will ich mir weiter keine Mühe geben, dem Aktionsausschuß das auseinanderzusetzen. Ob der Zentralvorstand von Berlin jederzeit bereit war, die wegen der Maifeier Ausgesperrten sofort mit Parteimitteln zu unterstützen, weiß ich nicht. Gesagt hat man es mir auch nicht. Daß der Zentralvorstand die Handlungsweise derjenigen, die am 1. Mai trotz entgegenstehenden Werksbeschlusses gearbeitet haben, verurteilt, glaube ich gern. Möchte auch den Parteigenossen einmal sehen, der das nicht tut. Also von Dingen, die ich nicht weiß, kann ich nichts erzählen und deshalb auch nicht ins Gegenteil verhandeln. Wohl aber kann ich den Beweis dafür erbringen, daß im Aktionsausschuß Leute sitzen, welche das, was sie gestern gesagt haben, heute verleugnen. Die mir hiervon gewordenen Proben waren nicht gerade von Pappe. Ob das eine ehrliche Kampfmethode ist, kann ich getrost dem Urteil der Öffentlichkeit überlassen.

Für die Richtigkeit meiner Behauptung kann ich jederzeit Beweise erbringen. Berlin, den 14. Mai 1906. Adolf Cohen. Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. Rindfleisch Ia 62-66 pr. 100 Pfund, IIa 51-52, IIIa 49-52, IVa 46-48, engl. Bullen 60-60, dan. Bullen 60-60, holl. Bullen 60-60, Rindfleisch, Doppelländer 105-120, Ia 80-90, IIa 65-75, IIIa 52-64, Hammelfleisch Ia 62-73, IIa 55-62, Schweinefleisch 58-64, Rindfleisch 0,25-0,70, Hühner, alle, Stück 1,70-2,50, junge, per Stück 0,65-0,75, Tauben, junge 0,18-0,28, alte 0,00, Enten, junge, per Stück 0,00-0,00, Hamburger per Stück 2,50 bis 3,00, Gänse, junge, per Stk. 0,90, per Stück 0,00-0,00, Hühner 75-90, Schafe 87-108, Vieh 0,0, matt 21-23, Kälber, groß 105-113, mittel 105-115, klein 70-74, unv. 81-100, Mägen 30, Rindern, vomn. I, v. Schod 3,00-3,00, Kleier, Stübe Ia 4-6, do. mittel, per Stk 2-4, do. klein, per Stk 00-00, Bäcklinge, holl. per Ball 0-0,00, Kleier 1-3, Straßl. 2,50-3,00, Kälber, groß, p. Stk. 1,10-1,30, mittel 0,80-0,90, n. 0,50 bis 0,60, Sprossen, Kleier, 3 Ball 1-1,50, Eis, per Stk 0,00-0,00, Sardellen, 1902er, per Unter 76,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00, Schnittkäse Bollerlinge 1905 00-00, largo 40-44, full 36-38, mod. 33-35, deutsche 37-44, Serringe, neue Maies, per 1/2, Lommen 60-120, Nummern, IIa, 100 Stk. 00-00, Kriebel, per Schod, große 00, mittlere 9-19,50, kleine 5,00 bis 5,50, unlozt. 9,00-15,50, Eier, vande, per Schod 3,00, frische 3,75, Butter per 100 Pfund, Ia 113, IIa 108-113, IIIa 106-108, abfallende 105-108, Saure Gurken, Schod 3,50-4,00, Westergurken 3,50-4,00, Kartoffeln per 100 Pf. magra. bon. 2,10-2,35, rote Daberlde 2,00-2,30, runde weiße 1,80-2,00, Sirringstül, holl., per Schod 0,00-00,00, Zeisch, holl., per Schod 7,00-9,00, Stiefel, holl., per Schod 00,00-00,00, Grünföhl, per 100 Stk. 00-00, Rüben, weiße 00-00, Latscher 00-00, Rotkloben, per Schod 2,50-4,50, holl. 3-6.

WARENHAUS HERMANN TIETZ

LEIPZIGERSTRASSE ALEXANDERPLATZ

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag Soweit der Vorrat reicht

Einmaliges Angebot für Conserven aussergewöhnlich preiswert!

Besonders für Restaurateure, Hôtels und Pensionate geeignet

Bei Beginn der neuen Saison haben wir die Preise bedeutend herabgesetzt.

Table with 3 columns: Product name, Quantity, Price. Includes items like Stangenspargel, Brech- u. Schnittbohnen, Mirabellen, Pariser Carotten, etc.

Table with 3 columns: Product name, Quantity, Price. Includes items like Melange-Marmelade, Sardinien Marke J. Kerioleo, Sardinien Marke Lambert, etc.

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes items like Pudding-, Gelée- u. Eispulver, Puddingpulver, Rote Grütze, etc.

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes items like Himbeersaft, Kirschsäfte, Citronensäfte, etc.

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes items like Fleischwaren, Prima Cervelat, Prima Salami, etc.

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes Gebrannter Kaffee ff. Mischungen per Pfund 80 Pf., 90 Pf., 100 Pf., etc.

Table with 3 columns: Product name, Quantity, Price. Includes Moselweine, Sonnengartner, Rheinweine, etc.

Table with 2 columns: Product name, Price. Includes Kaisersekt, Frischer Maitrank, Casinosekt, etc.

Schweizer-Schokolade-Zürcher Montreux in Tafeln, Corquettes, Napolitains und anderen Ausstattungen.

Sämtliche Neuheiten für Frühjahr u. Sommer vorrätig.



M. Schulmeister Schneidermeister Berlin SO., Dresdener-Strasse 4 am Kottbuser Tor. Spezial-Haus feiner Herren- und Knaben-Garderobe fertig und nach Maß. Elegante Sommer-Paletots Mk. 18.50 an Jackett-Anzüge 17.50 Rock-Anzüge 26- Gehrock-Anzüge 32.50 Haus-Joppen 6- Berufskleidung für alle Gewerke. Nur Eigen-Konfektion.

Dr. med. A. Smith'sches Ambulatorium für Herz- u. Nervenkrankte Berlin W. 9, Potsdamerstr. 52. Funktionelle Untersuchung und Behandlung. Ausführendes im Prospekt (frei). Literatur: Dr. med. Max Asch, Herz- u. Nervenleiden u. ihre Behandlung mit unterbrochenen- u. Wechselströmen. - Historisches, Theoretisches u. Praktisches in gemeinverständlich. Darstellung. (Zu beziehen 4. alle Buchh. Preis 50 Pf.)

Kenner rauchen Zenith-Zigaretten 114852

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vortrefflichste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Pflege Deinen Teint mit „Posenda“ kohlensäurehaltiges, antiseptisches, herrlich duftendes, preisgekröntes patentamt. Toilette-Pulver. Jugendlich aristokratisches Aussehen! Staunend weißer Teint. Keine Rote - gelbe Flecken - Runzeln - Sommerprossen! - Pickel - Mitesser! - Macht das Wasser weich. Tausendfach bewährt und als geradezu ideales Mittel bezeichnet. Wirkung frappant! Für Damen u. Herren unentbehrlich. 1 Original-Pack 25 Pfennig. Niederringen in Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Wo nicht zu haben, direkt von der Chemischen Fabrik „POSENDA“, G. m. h. H., Posen O. 240.

Schmökewitz Gasthaus zur Palme am Zeddrisee. Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39. Empfehle mein albekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Kusflügen. * Kusspannung und Dampferstege, Stengelbahnen, große Raiffeische Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Garbinnen - Verandahaus... Inventur - Ausverkauf... Teppiche... Möbel... Damenkleider... Herrenkleider... Gardinen... Herren- und Knaben-Garderobe...

Teppiche mit Farbenlehren... Möbelangebot... Herrenanzüge... Damenanzüge... Kleider... Gardinen... Herren- und Knaben-Garderobe...

Ringelstücken... Bringend nagelneues... Fahrräder... Herrenanzüge... Damenanzüge... Kleider... Gardinen... Herren- und Knaben-Garderobe...

Verschiedenes.

Ich erkläre die Verlobung... Paracutanwalt... Pflanzerei... Verkauft... Kleider... Gardinen... Herren- und Knaben-Garderobe...

Vermietungen.

Wohnungen... Schlafstellen... Arbeitsmarkt... Stellengesuche... Stellenangebote... Automobilsührer... Kleider... Gardinen... Herren- und Knaben-Garderobe...

Steinholz-Bandbestellung... Arbeitsbüchsen... Steinseger... Farbmalerei... Kleider... Gardinen... Herren- und Knaben-Garderobe...

Achtung, Wagenbauer!

In der Motorwagenfabrik in Reinickendorf... Deutscher Holzarbeiter-Verband... Treppengeländerfabrik... Kleider... Gardinen... Herren- und Knaben-Garderobe...

